

KEEAS

Kriminalitäts- und Einsatzbrennpunkte
geprägt durch ethnisch
abgeschottete Subkulturen



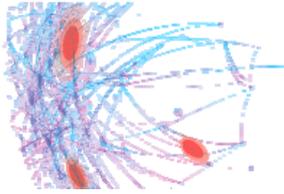
 
German English

Abschlussbericht
Final Results 2016-2018

KEEAS

Kriminalitäts- und Einsatzbrennpunkte
geprägt durch ethnisch
abgeschottete Subkulturen

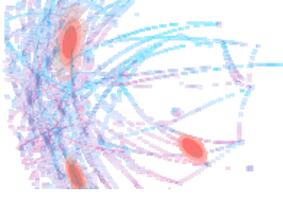
Deutsche Version 



Inhalt

1	Vorbemerkungen	4
2	Hintergründe zum Projekt KEEAS	5
2.1	Entstehung	5
2.2	Projektförderung durch Mittel der Europäischen Kommission	5
2.3	Projektpartner	6
2.4	Ziele	6
3	Zum Phänomen „Clankriminalität“	7
3.1	Definitiverischer Ansatz	7
3.2	Allgemeine Lage	8
3.3	Gegenstand der Auswertung	9
3.3.1	Mhallamiye	9
3.3.2	„Echte“ Libanesen	10
3.4	Herausforderungen an eine Lagedarstellung	10
4	Maßnahmen im Projekt KEEAS	11
4.1	Literaturauswertung	11
4.2	Fokusgruppeninterviews	11
4.3	Investitionen in Technik und IT-Infrastruktur	11
4.4	Netzwerkbildung, Informationsaustausch	12
4.5	Fachkonferenzen	12
4.6	Zusammenarbeitsformen im Kontext der „Clankriminalität“, Initiierung von Kontrollmaßnahmen	13
4.7	Initiierung von Auswerteprojekten und Ermittlungsverfahren	14
4.8	Politikberatung, Öffentlichkeitsarbeit	14
4.9	Forschungsprojekte, Aus- und Fortbildung	15
4.10	Fazit	15

5	Projektergebnisse / Situationsbeschreibung NRW	16
5.1	Räumliche Schwerpunkte	16
5.2	Delinquenz	17
5.3	Schnittmengen zu anderen Phänomenen	18
5.3.1	Rocker-Milieu	18
5.3.2	Rapper-Milieu, Boxer-Szene	18
5.3.3	Rezeption in den Medien	19
5.3.4	Shisha-Bar-Szene	19
5.3.5	Car-Poser-Szene / Profilierungsfahrten / Raser-Szene	20
5.4	Bewaffnung	20
5.5	Paralleljustiz, Friedensrichter	20
5.6	Prävention	21
6	Handlungsempfehlungen	23
7	Aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen	23
7.1	Kriminelle Kooperationen und Konfliktpotentiale	23
7.2	Finanzermittlungen	24
7.3	Entwicklung valider Datenbestände	24
7.4	Einheitliche Definition	25
7.5	Herausforderungen für die Justiz	25
7.6	Wissenschaft und Forschung	26
8	Ausblick	27



1 Vorbemerkungen

Das geschlossene Auftreten von Mitgliedern türkisch-arabischstämmiger Großfamilien in der Öffentlichkeit und die ihnen zuzurechnende Delinquenz haben sich – unter dem Oberbegriff „Clankriminalität“ – zum Gegenstand der öffentlichen Diskussion entwickelt. Der Begriff implementiert sowohl die Sicherheit des Einzelnen im öffentlichen Raum als auch die Sorge um die Entstehung segregierter Räume und paralleler Gesellschaften. Insofern verfügt das Thema türkisch-arabischstämmiger „Clankriminalität“ neben der polizeilichen Bedeutung auch über eine politische bzw. gesellschaftliche Dimension.

Der hier vorgelegte Abschlussbericht enthält Resultate des im Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen (LKA NRW) im Laufe von zwei Jahren bearbeiteten Analyseprojekts „Kriminalitäts- und Einsatzbrennpunkte geprägt durch ethnisch abgeschottete Subkulturen (KEEAS)“.

Ziel dieses Dokumentes ist es, einen Überblick über die im Rahmen der Projektarbeit auf nationaler und internationaler Ebene gewonnenen Erkenntnisse zu geben, soweit diese geeignet sind, in der Öffentlichkeit kommuniziert zu werden.^[1] Auf dieser Grundlage und vor dem Hintergrund der erkannten Problemfelder sind polizeiliche Einflussmöglichkeiten identifiziert und Handlungsempfehlungen für die polizeiliche Aufgabenbewältigung entwickelt worden.

Das LKA NRW ist als Herausgeber verantwortlich für diese Publikation. Die Europäische Kommission, welche das Projekt ko-finanziert hat, haftet weder für die Inhalte noch die weitere Nutzung der in diesem Dokument enthaltenen Informationen. Der Begriff und das Logo KEEAS sind eine Adaption des vollständigen Projekttitels.

2 Hintergründe zum Projekt KEEAS

2.1 Entstehung

Im Frühjahr 2016 hat das Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen (IM NRW) das LKA NRW beauftragt, eine interdisziplinär angelegte Strukturanalyse zu „Kriminalitäts- und Einsatzbrennpunkten geprägt durch ethnisch abgeschottete Subkulturen“ (KEEAS) durchzuführen.

Die Analyse ist durch eine Projektgruppe innerhalb des Dezernats 14 „Auswerte- und Analysestelle OK“ (AStOK) erstellt und Ende Oktober 2018 zum Abschluss gebracht worden.

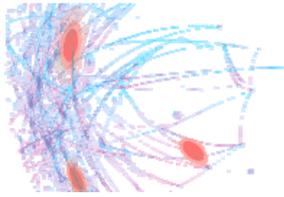
Inhaltlich befassten sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter^[2] der Projektgruppe mit dem polizeilich relevanten Agieren und insbesondere der Delinquenz krimineller Angehöriger von Großfamilien türkisch-arabischstämmiger Herkunft. Der Untersuchungsgegenstand wurde zu Projektbeginn in Absprache mit dem IM NRW insoweit konkretisiert, dass – in erster Linie vor dem Hintergrund aktueller polizeilicher Einsatzerfahrungen als auch der Kriminalitätsbelastung – der Schwerpunkt des Projektes KEEAS auf kriminelle Angehörige türkisch-arabischstämmiger Familien in NRW gelegt worden ist, die über Migrationsbezüge zum Libanon verfügen.

Die Migrationsgeschichte der hier in Rede stehenden Personengruppen wie auch deren Lebenssituation in Deutschland ist komplex, empirisch kaum detailscharf zu erheben und von vielfältigen Wirkungszusammenhängen geprägt. Der Begriff „Clan“ als Synonym für die ethnisch oder familiär gegründete Struktur

gegenseitiger Verpflichtungen ist ebenso wie der in diesem Zusammenhang oftmals genutzte Begriff der „Clankriminalität“ zwangsläufig verallgemeinernd und nicht ausreichend für eine trennscharfe Identifizierung und Bewertung eines Sachverhaltes im Einzelfall. Hierzu wären jeweils ergänzende Erhebungen und Konkretisierungen notwendig. Gleichwohl wird im Weiteren zur Reduktion der Komplexität als auch zur Erleichterung der Lesbarkeit vereinfachend von Angehörigen türkisch-arabischstämmiger Personengruppen gesprochen, die im Rahmen einer typischen Phänomenologie von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten polizeiliche Bedeutung erlangt haben. Die hier gewählte Herangehensweise indiziert die dringende Notwendigkeit, das Thema der „Clankriminalität“ auch über die Laufzeit des Projektes KEEAS hinaus mit Blick auf seine inhaltlichen und definitorischen Grenzen – unter Einbeziehung der Wissenschaft und Forschung – genauer zu untersuchen.

2.2 Projektförderung durch Mittel der Europäischen Kommission

Die Projektinitiative KEEAS stellte in Abstimmung mit dem IM NRW einen Antrag auf Gewährung einer Zuwendung aus dem „Inneren Sicherheitsfonds, Teilbereich Sicherheit“ der EU-Fondsverwaltung (Internal Security Funds). Den Zuwendungsbescheid erhielt das LKA NRW am 17.10.2016. Die von der Europäischen Kommission bewilligten Fördermittel dienen im Projekttablauf in erster Linie der Teilfinanzierung projektbezogener Personalkosten sowie



der Beschaffung von Informations- und allgemein-operativer Technik zur Unterstützung der Polizei NRW bei der Einsatzwahrnehmung und der Kriminalitätsbekämpfung. Darüber hinaus wurden die Fördergelder zur Gewährleistung konkreter Auswertungen sowie zur Durchführung von Besprechungen und Konferenzen verauslagt.

Ziel sämtlicher Projektinitiativen war die Optimierung der polizeilichen Aufgabenwahrnehmung an Kriminalitäts- und Einsatzbrennpunkten in NRW.

2.3 Projektpartner

Als vertraglich eingebundene Projektpartner beteiligten sich das Bundeskriminalamt (BKA), das Zollkriminalamt (ZKA), die Bundespolizei (BPol) sowie die Landeskriminalämter Niedersachsen und Bremen; das LKA Berlin unterstützte das Projekt in beratender Funktion. Weitere Expertisen steuerten Experten aus Städten und Kommunen bei, in denen das Thema „Clankriminalität“ durch Angehörige türkisch-arabischstämmiger Großfamilien eine besondere Bedeutung besitzt.

Eine enge Zusammenarbeit entwickelte sich darüber hinaus im Austausch mit Justizbehörden sowie der Wissenschaft und Forschung.

Über die europäische Polizeibehörde Europol wurden zudem Informationen und Datenbestände aus dem europäischen Ausland – insbesondere aus Schweden und Dänemark – einbezogen.

2.4 Ziele

Mit dem Projekt KEEAS verfolgt das LKA NRW den Anspruch, den bereits seit 2008 im Dezeretat 14 (AStOK) bestehenden Auswerteschwerpunkt Familienclans zu erweitern sowie das Phänomen und die Verflechtungen von Angehörigen türkisch-arabischstämmiger Großfamilien hinsichtlich ihrer Bedeutung und Auswirkungen auf die tägliche polizeiliche Einsatzwahrnehmung und die Kriminalitätsbekämpfung zu analysieren.

Die vorrangigen Ziele des Projektes KEEAS sind:

- Erfassung der Kriminalitäts- und Einsatzbelastung, verursacht durch Angehörige türkisch-arabischstämmiger Familienverbände
- Aus- und Bewertung der Einsatz- und Sicherheitslage, soweit Bezüge zu Fragen der inneren Sicherheit offensichtlich sind
- Initiierung von operativen Auswerteprojekten und Ermittlungsverfahren im Kontext der „Clankriminalität“, sowohl im Land NRW, im Bund als auch international
- Entwicklung von Handlungsempfehlungen für die polizeiliche Aufgabenwahrnehmung an phänomenbezogenen Kriminalitäts- und Einsatzbrennpunkten.

3 Zum Phänomen „Clankriminalität“

3.1 Definitiverischer Ansatz

Der Begriff „Clankriminalität“ ist nicht abschließend definiert. Weder auf Bundes- noch auf Ebene des Landes NRW besteht ein einheitliches Verständnis darüber, welche Kriterien einen „Clan“ ausmachen, ab wann eine Gruppierung darunter fällt oder welche Phänomene und Sachverhalte unter „Clankriminalität“ zu subsumieren sind.

Ein „Clan“ kann unterschiedliche Gruppierungen umfassen, die grundsätzlich durch ethnisch geschlossene Systeme und abgeschottete, teilweise auf die Familienzugehörigkeit reduzierte Strukturen geprägt sind.

„Clankriminalität“ zeichnet sich aus durch die Verantwortlichkeit von Mitgliedern ethnisch abgeschotteter Familienstrukturen, die unter Missachtung staatlicher Strukturen, der Rechtsordnung und des gesellschaftlichen Werteverständnisses eine eigene, streng hierarchische, delinquente Subkultur bildet.

Die wesentlichen Kriterien sind:

- Zugehörigkeit zum „Clan“ ausschließlich über das Kriterium der Verwandtschaft („Familie als kriminelle Solidargemeinschaft“)
- Segmentäre, hierarchisch (meist patriarchalische) geprägte Struktur, die nach dem Prinzip der gemeinsamen Abstammung organisiert ist
- Ablehnung der deutschen Rechtsordnung sowie der Zusammenarbeit mit staatlichen

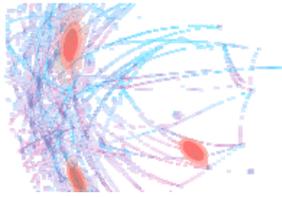
Behörden und Institutionen sowie deren aktive Behinderung und Einschüchterung

- Ideologische Legitimation des kriminellen Handelns (Abwertung der Opfer bzw. Feindseligkeit gegenüber der Umwelt) als Zeichen von Stärke
- Aufbau einer „Paralleljustiz“ zur internen Konfliktlösung durch nach innen gerichtete Sanktionsmechanismen und Repressionen (insbesondere durch den Einsatz von sog. Friedensrichtern)
- Zwangscharakter der Eheschließung innerhalb der eigenen Familie oder der eigenen Ethnie zur gemeinsamen Machtsteigerung
- Nach außen dokumentiertes Macht- und Gewinnstreben, auch durch die Besetzung öffentlicher Räume.

Für die Arbeit im Projekt KEEAS ist eine im LKA NRW entwickelte Definition „Clankriminalität“ als Grundlage für die notwendigen Zuschreibungsprozesse genutzt worden:

„Der Begriff ‚Clankriminalität‘ umfasst die vom Gewinn- oder Machtstreben bestimmte Begehung von Straftaten unter Beteiligung Mehrerer, wobei

- in die Tatbegehung bewusst die gemeinsame familiäre oder ethnische Herkunft als verbindende, die Tatbegehung fördernde oder die Aufklärung der Tat hindernde Komponente einbezogen wird,



- die Tatbegehung von einer fehlenden Akzeptanz der deutschen Rechts- oder Wertordnung geprägt ist, und
- die Straftaten einzeln oder in ihrer Gesamtheit von erheblicher Bedeutung sind.“

Der Betrachtungshorizont des Begriffes „Clan“ ist für die Belange des Projektes KEEAS insoweit verengt, als dass Gegenstand der Auswertung ausschließlich solche kriminellen Clanstrukturen waren, deren typischer Handlungsrahmen sich in der offensiven und öffentlichkeitswirksamen Beanspruchung regionaler oder krimineller Aktionsräume dokumentiert. Vor dem Hintergrund der aktuellen polizeilichen Erkenntnisse in NRW hat diese Begrenzung des Begriffes „Clankriminalität“ eine Fokussierung ausschließlich auf türkisch-arabischstämmige Großfamilien zur Folge, deren Angehörige der Bevölkerungsgruppe der Mhallamiye zuzuordnen oder libanesischstämmig sind.

3.2 Allgemeine Lage

In einigen Städten NRWs stellen die Polizei- und Kommunalbehörden fest, dass Mitglieder türkisch-arabischstämmiger Großfamilien, teilweise in größeren Gruppenverbänden, zunehmend durch aggressives Auftreten, Ordnungsstörungen und Straftaten die Bevölkerung einschüchtern und bestimmte regionale Räume augenscheinlich für sich reklamieren. Einsatzkräfte berichten von einer offenen Feindseligkeit, einer hohen und unmittelbar geäußerten Aggressivität, Respektlosigkeit und Gewalteskalation, die vielfach das Ziel verfolgen, polizeiliche oder behördliche Maßnahmen zu beeinflussen oder zu unterbinden. Phänomenologische Bedeutung haben in derartigen

„Tumultlagen“ Bedrohungen, Beleidigungen, Nötigungen, Körperverletzungs- und sonstige Gewaltdelikte. Mehrfach kam es zu Angriffen auf eingesetzte Polizeibeamte, aber auch Einsatzkräfte von Ordnungsbehörden oder der Rettungsdienste. Die Störer sind im Rahmen solcher Einsätze von der Polizei kommunikativ bzw. durch deeskalierenden Einfluss selten zu erreichen.

Neben der Bedeutung für die polizeiliche Einsatzwahrnehmung „auf der Straße“ sind Angehörige aus den Clanfamilien ausweislich polizeilicher Auswertungen häufig in Straftaten involviert, auch solche, die der Organisierten Kriminalität (OK) zugerechnet werden müssen. Phänomenologisch ist in erster Linie auf Gewalt- und Rohheitsdelikte, aber auch Eigentums- und Betäubungsmittelkriminalität hinzuweisen. Daneben gewinnen Straftaten zum Nachteil älterer Menschen (das sog. Call-ID-Spoofing)^[3], das betrügerische Handeln im Rahmen von Tätigkeiten der Dienstleistungsbranche (wie Schlüsseldienste, Kfz-Vermietung und -Verleih) und schließlich nicht genehmigte Geldtransferdienstleistungen sowie Geldwäschehandlungen an Bedeutung.

Die ethnische Geschlossenheit spielt bei der Begehung von Straftaten in diesem Kontext eine herausragende Rolle. Gemeinsame familiäre Hintergründe und Abstammung sowie verwandtschaftliche Verflechtungen sind Kennzeichen der besonderen strukturbildenden Kraft der Familienverbände. Die Einbeziehung von Familienmitgliedern in die Begehung von Straftaten schafft eine Voraussetzung für effektive Abschottung, die durch eine bewusst gelebte sprachliche und kulturelle Abgrenzung verstärkt wird. Dabei fördert die rigorose Einbindung in den Familienverbund letztlich die Bildung von Parallelgesellschaften bzw. Subkulturen, die auf einem übersteigert ausgelebten

Ehrbegriff basieren und über formale Entscheidungs- und Sanktionsmechanismen verfügen. Dazu gehören u. a. die Vertrauenswahrung nur innerhalb der eigenen Familie, die aggressiv verteidigte Abgrenzung gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen oder Familienverbänden und die bereitwillige Gewaltanwendung zur Durchsetzung der Familieninteressen. Delinquenz dient insbesondere für nicht integrierte Jugendliche mit niedrigem Bildungsniveau als Sprungbrett für die Etablierung in der ethnisch geprägten Community und als Zugang zu materiellen Statussymbolen.

Das Aussageverhalten der Clanangehörigen gegenüber der Polizei ist gekennzeichnet von der Ablehnung regulär-staatlicher Interventionen zugunsten einer umfassenden Abschottung und der Nutzung ethnienpezifischer Konfliktlösungsprozesse – bis hin zur Entwicklung nichtstaatlicher justizieller Systeme –.

3.3 Gegenstand der Auswertung

Vor dem Hintergrund der aktuellen polizeilichen Erkenntnisse erfolgte eine Schwerpunktsetzung ausschließlich auf Angehörige türkisch-arabischstämmiger Großfamilien, die der Bevölkerungsgruppe der Mhallamiye zuzuordnen oder libanesisch-stämmig sind.

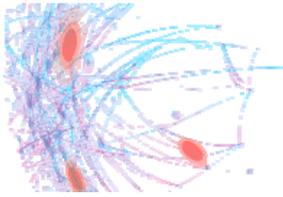
3.3.1 Mhallamiye

Die in Deutschland überwiegend in Clanstrukturen lebenden Mhallamiye und die sog. ungeklärten Staatsangehörigen aus dem Libanon stammen ursprünglich aus Ostanatolien (Grenzgebiet zwischen der Türkei, Syrien und dem Libanon).

Die Migration der Mhallamiye aus der Türkei in den Libanon begann aufgrund religiöser und gesellschaftlicher Unterdrückung in den 1920er Jahren. Bis in die späten 1940er Jahre wanderten bis zu 100.000 Mhallamiye aus und siedelten im Libanon überwiegend unter prekären sozioökonomischen Verhältnissen in tribalen Strukturen. Während einige Stämme eingebürgert wurden, lebten andere staatenlos im Libanon. Die sich ab den 1980er Jahren anschließende Migration der Mhallamiye nach Westeuropa ist auf den Ausbruch des Libanonkrieges ab dem Jahr 1982 und anhaltende Kämpfe zurückzuführen.

Nach der Einreise in das Bundesgebiet gaben die aus dem Libanon kommenden Flüchtlingsgruppen gegenüber den deutschen Behörden in der Regel an, einen Asylantrag stellen zu wollen, wobei sie ihre türkische Staatsangehörigkeit verschwiegen. Gründe hierfür waren u. a., dass türkische Staatsangehörige in den 1990er Jahren weder als Asylbewerber anerkannt wurden noch unter die Härtefallregelungen der Länder fielen. Unter Verwendung zum Teil „gefälschter“ arabischer Namen siedelten sich die aufgrund fehlender Originalausweisdokumente als „ungeklärte Staatsangehörige“ eingeordneten Personen überwiegend in Berlin, Bremen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen an. Angesichts ausbleibender Mitwirkung der Betroffenen konnte erst vor einigen Jahren durch behördliche Ermittlungen festgestellt werden, dass es sich bei diesen tatsächlich (auch) um türkische Staatsangehörige handelt. Als Folge führen viele Clanfamilien sowohl einen arabischen als auch einen türkischen Familiennamen.

Im Falle einer belegten türkischen Staatsangehörigkeit sind die Voraussetzungen für einen weiteren Verbleib im Bundesgebiet nicht mehr erfüllt, so dass ein Großteil dieser Personen zur



Ausreise aus dem Bundesgebiet aufgefordert wurde. Eine Abschiebung konnte jedoch wegen fehlender Mitwirkung der Betroffenen an der Registrierung bzw. Passersatzpapierbeschaffung bisher nur selten durchgeführt werden. Vielmehr leben zahlreiche Personen im Status der (Ketten-)Duldung; insbesondere auch die zweite und dritte Generation dieser aufgrund hoher Geburtenraten schnell anwachsenden Bevölkerungsgruppe. Nach wie vor weigern sich viele Betroffene, an der Identitätsklärung und Passbeschaffung aktiv mitzuwirken.

3.3.2 „Echte“ Libanesen

Neben den oben skizzierten Mhallamiye stellen solche Personen, die ursprünglich im Libanon siedelten und ebenfalls ab den 1980er Jahren als libanesische Bürgerkriegsflüchtlinge nach Deutschland migrierten („echte“ Libanesen), die zweite hier betrachtete Personengruppe dar.

Der identische Migrationshintergrund (Libanon) führt bei beiden Gruppen (Mhallamiye und „echte“ Libanesen) zu vielfältigen Parallelen – insbesondere die Identifikation des Einzelnen in erster Linie anhand familiärer und ethnischer Kriterien. Auch gibt es eine Vielzahl von Parallelen mit Blick auf Aspekte der polizeilichen Einsatzwahrnehmung sowie Kriminalitätsbekämpfung. Insofern wird es als zulässig angesehen, beide Bevölkerungsgruppen gemeinsam zu betrachten.

3.4 Herausforderungen an eine Lagedarstellung

Die Identifizierung türkisch-arabischstämmiger Personen, die als Clanangehörige der Bevölke-

rungsgruppe der Mhallamiye zugehören oder libanesischstämmig sind, führt zu vielschichtigen Erhebungs- und Abgrenzungsproblemen und ist nur unter Inkaufnahme von Unschärfen möglich. Die Staatsangehörigkeit kann kein deskriptives Kriterium sein, da die hier identifizierten Angehörigen der Clanfamilien über unterschiedlichste Staatsangehörigkeiten verfügen bzw. als staatenlos oder mit ungeklärter Nationalität geführt werden. Oftmals ist auch die deutsche Staatsangehörigkeit verliehen worden. Zudem nutzen viele der Angehörigen der Familienclans parallel neben ihrem libanesischen zusätzlich den türkischen Namen. Schließlich existieren trotz eines engen familiären Verwandtschaftsverhältnisses häufig unterschiedliche Schreibweisen einzelner Familiennamen, die eine Identifizierung des zu analysierenden Personenkreises erschweren. Ethische Kriterien stellen i.d.R. keine für die Aufgabenwahrnehmung der Kommunalverwaltungen (Meldebehörden) zentralen Merkmale dar.

Im Wissen um die oben skizzierten Einschränkungen ist familiennamengebundenen Recherchen ein besonderes Gewicht mit Blick auf eine Lagedarstellung zur „Clankriminalität“ beizumessen. Diese Herangehensweise entwickelt, auch als Ergebnis polizeilicher Erfahrungen aus anderen Ländern, die stärkste Aussagekraft zum Phänomen. Die Ziele der Auswertungen im Rahmen des Projektes KEEAS waren ausschließlich an der Identifizierung regionaler Schwerpunkte und phänomenologischer Erkenntnisse orientiert. Mit der Fokussierung auf den Familiennamen ist ein nutzbarer Weg zur Generierung polizeilichen Wissens zum Thema „Clankriminalität“ gefunden worden. Es besteht keinesfalls die Absicht, mit den namengebundenen Recherchen Angehörigen von Clanfamilien generell ein kriminelles Stigma zuschreiben zu wollen.

4 Maßnahmen im Projekt KEEAS

Im Rahmen der Projektlaufzeit sind eine Vielzahl von Maßnahmen initiiert worden, die ganz überwiegend auch nach Ende des Projektes KEEAS Wirkungen entfalten werden:

4.1 Literaturlauswertung

Mit Unterstützung wissenschaftlicher Mitarbeiter ist der aktuell in Europa vorliegende Forschungsstand im Kontext der Mhallamiye sowie sonstiger libanesischer Familienverbände sowohl mit Blick auf ethnologische, historische als auch mikro-soziologische Kriterien analysiert und zusammengefasst worden. Soweit angesichts der in weiten Teilen defizitären Forschungslage zum Thema „Clankriminalität“ möglich, sind im Rahmen der Literaturlauswertung auch kriminologische Aspekte eingeflossen.

Der Ergebnisbericht zur Literaturlauswertung ist in erster Linie als Grundlage für die Weiterentwicklung von Präventionsmaßnahmen als auch für die Initiierung von Forschungsvorhaben genutzt worden.

4.2 Fokusgruppeninterviews

Mit Unterstützung projektexterner Moderatoren wurden vier Expertenworkshops / Fokusgruppeninterviews durchgeführt, an denen jeweils zehn bis zwölf Personen teilnahmen. Mit dem Thema aus eigenem Erleben befasste Polizeibeamte, die über vielfältige Erfahrungen im Rahmen der täglichen Einsatzwahrnehmung,

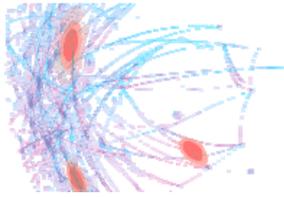
der Bekämpfung der allgemeinen und schließlich der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität (OK) verfügen, sind im Rahmen jeweils eines Workshops aufgefordert worden, ihre Erfahrungen und Einschätzungen im Kontext der „Clankriminalität“ zu schildern und zudem Handlungsempfehlungen für die polizeiliche Praxis zu artikulieren.

In einem vierten Workshop wurden Mitarbeiter der Justiz – Richter und Staatsanwälte – unter der Prämisse befragt, ihre Expertise zur justiziellen Praxis einzubringen und Vorschläge zur Unterstützung des strafprozessualen Ermittlungsverfahrens bzw. der richterlichen Hauptverhandlung zu formulieren.

Die Inhalte der Interviews wurden transkribiert und mit einem Programm zur qualitativen Inhaltsanalyse^[4] ausgewertet. Die so generierten Ergebnisse dienten insbesondere der Identifizierung polizeilicher Handlungsfelder, der Konkretisierung technischer Bedarfe und schließlich der Formulierung von Handlungsempfehlungen. Letztere betreffen sowohl die polizeiliche Einsatzwahrnehmung und Kriminalitätsbekämpfung, bieten aber auch vielfältiges Potential für Präventions- und Schulungsmaßnahmen.

4.3 Investitionen in Technik und IT-Infrastruktur

Mit den Mitteln aus der Förderung des Internal Security Funds (ISF) sind Investitionen in technische Ausrüstungsgegenstände mit dem Ziel getätigt worden, die Kriminalitätsbekämpfung



im Kontext des Projektes KEEAS zu unterstützen bzw. die Rahmenbedingungen zur Wahrnehmung polizeilicher Einsätze – auch unter dem Aspekt der Eigensicherung von Polizeibeamten – zu verbessern.

Teile der technischen Ausrüstung wurden den Projektpartnern zur Verfügung gestellt. Eine Nutzung der technischen Geräte ist – orientiert an den Förderbedingungen – auch langfristig gesichert.

Gleiches gilt für die ebenfalls mit Fördermitteln finanzierten Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der bereits bestehenden IT-Infrastruktur der Polizei NRW, die in Absprache mit dem Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste Nordrhein-Westfalen (LZPD) orientiert am Landesstandard umgesetzt wurden. Auch hier ist die Nachhaltigkeit der Investitionen, die in erster Linie die Möglichkeiten der polizeilichen Auswertung bzw. Verfahrensgenerierung verbessern sollen, gesichert.

Über einen Monitoringprozess ist die fortlaufende Information der Projektorganisation KEEAS über den Einsatz der angeschafften technischen Ausrüstungsgegenstände sowie der IT-Infrastrukturen gewährleistet, auch über das Projektende hinaus.

4.4 **Netzwerkbildung, Informationsaustausch**

Der weitere Ausbau eines Netzwerkes der Sicherheitsbehörden mit dem Ziel des verbesserten Informationsaustausches im Kontext der „Clankriminalität“ genoss im Rahmen der Projektarbeit KEEAS besondere Priorität. Bereits bestehende Zusammenarbeitsformen in NRW

konnten auf Ebene des Bundes als auch darüber hinaus ausgeweitet werden.

Der EU-weit ausgerichtete Informationsaustausch, insbesondere mit den Projektpartnern, den Polizeien anderer Länder und des Bundes, den Polizeibehörden in Schweden und Dänemark und mit der europäischen Polizeibehörde Europol, hat sich als geeigneter Ansatz erwiesen, die internationalen Verflechtungen der kriminellen Angehörigen der Clanfamilien aufzuzeigen, Schlüsselpersonen und Organisationen zu identifizieren, mögliche Entwicklungen zu antizipieren, eine bestmögliche Beschreibung der Lage zu gewährleisten und schließlich Anhaltspunkte für die Generierung von Auswerteprojekten und Ermittlungsverfahren zu sammeln. Basis des Informationsaustausches waren die in den Polizeibehörden bereits vorhandenen bzw. ergänzend erfassten Informationen (auch in elektronischer Form), ebenso das konzeptuelle und strukturelle Wissen der Mitarbeiter, die sich teilweise schon über einen langen Zeitraum mit der Kriminalität von Angehörigen ethnisch abgeschotteter Subkulturen befassen.

Im Rahmen der rechtlichen Rahmenbedingungen sind die so zusammengeführten Informationen in technische Systeme eingepflegt worden, um auch langfristig auf einen zur Bekämpfung der „Clankriminalität“ nutzbaren und ständig aktualisierten Datenbestand zugreifen zu können.

4.5 **Fachkonferenzen**

In den Jahren 2016 bis 2018 fanden drei durch die Projektorganisation KEEAS initiierte und ausgerichtete Konferenzen zum Thema „Clankriminalität“ statt.

In einer am 30.11.2016 durchgeführten ersten Tagung sind Führungskräfte der Polizei des Landes NRW über das Projekt KEEAS und die damit verfolgten Ziele informiert worden. Situationsbeschreibungen auf Ebene des Landes sowie des Bundes, die Schilderung von Einsatzlagen und Ermittlungsverfahren, aber auch Erläuterungen zu ethnologischen und historischen Aspekten, waren eingebettet in das Ziel der Veranstalter, verantwortliche Mitarbeiter vorrangig aus den Polizeibehörden für das Thema „Clankriminalität“ und die später noch folgenden Initiativen zu sensibilisieren.

Mit der zweiten, am 20.11.2017 durchgeführten KEEAS-Konferenz war der Anspruch verbunden, über Handlungsoptionen zur Bekämpfung der „Clankriminalität“ auf polizeilicher und kommunaler Ebene zu informieren. Im Rahmen eines Workshops hatten die Konferenzteilnehmer zudem die Gelegenheit, Erfahrungen aus Sicht der polizeilichen, kommunalen und justiziellen Tätigkeit „vor Ort“ zu schildern und gemeinsam über Handlungskonzepte und Maßnahmen zur Problemlösung zu diskutieren.

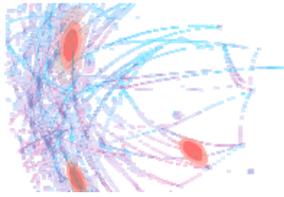
Die Abschlusskonferenz des Projektes KEEAS am 24.09.2018 diente dazu, verantwortliche Führungskräfte des Innen- und Justizressorts sowie Polizeipraktikern über die im Projekt gewonnenen Erkenntnisse, die in den vergangenen zwei Jahren erfolgten Initiativen und weitere Ergebnisse der Projektarbeit zu informieren. Anlässlich der Konferenz beleuchteten polizeiliche Experten aus dem In- und Ausland, Angehörige der Kommunalverwaltungen, Wissenschaftler und Medienvertreter das Thema „Clankriminalität“ aus ihrer Sicht und legten damit den Grundstein für eine auch in der Öffentlichkeit wahrgenommene Reaktion der Ordnungs- und Sicherheitsbehörden auf ein kriminalpolitisch herausragendes Thema. Auch

erfolgte ein Ausblick auf gemeinsam geplante Handlungsschritte in NRW zum zukünftigen Umgang mit dem Phänomen „Clankriminalität“.

4.6 Zusammenarbeitsformen im Kontext der „Clankriminalität“, Initiierung von Kontrollmaßnahmen

Insbesondere im Zusammenhang mit dem Betrieb von Shisha-Bars, aber auch anderen Formen szenetypischer Gastronomie (Lokalitäten, Dienstleister, Kioske), können sich Rückzugsräume für kriminelle „Clans“ bilden. Die Häufung solcher zum Teil anmeldefreier Gewerbebetriebe in einzelnen Straßen und Quartieren mehrerer Städte in NRW wie auch die damit verbundene Gefahr der Bildung segregierter Räume machen eine Kontrolle dieser Szene notwendig. Vor dem Hintergrund der im Projekt KEEAS gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen sind die Polizei- und Kommunalbehörden in NRW, aber auch Dienststellen der Steuerfahndung und des Zolls, im Rahmen von Besprechungen und anderen Formen des Informationstransfers auf die besondere Bedeutung der Clankriminalität und ihre Auswirkungen auf die Gastronomieszene in NRW hingewiesen worden.

Ab Juli 2018 hat die Landesregierung NRW den operativen Kontrolldruck auf die kriminelle Szene verstärkt. Die im Kontext des Projektes KEEAS im LKA NRW als auch in vielen Polizeibehörden vorhandenen Erkenntnisse und dezentralen Konzepte zum Phänomen dienten dabei als Hilfestellung für die Identifizierung kriminogener Orte und relevanter Personengflechte.



Auf regionaler Ebene existieren aktuell vielfältige Kooperationsformen und Einsatzkonzepte, auf deren Basis die Polizeibehörden – häufig gemeinsam mit anderen Beteiligten (z. B. Kommunalverwaltung, Zoll, Träger der freien Wohlfahrtspflege) – sowohl die Bekämpfung der „Clankriminalität“ intensivieren als auch präventiv wirkende Konzepte erarbeiten. Die Expertise zur Initiierung bzw. Begleitung solcher Zusammenarbeitsformen basiert zum Teil auf Informationen und Einschätzungen, die im Rahmen des Projektes KEEAS zusammengetragen worden sind. Details zu den so entwickelten Handlungskonzepten werden für innerpolizeiliche Bedarfsträger in einem separaten Beiheft zu diesem Abschlussbericht vorgestellt (s. Pkt. 6).

Eine Meta-Analyse der bereits existenten sowie während des Projektablaufs KEEAS neu entwickelten Konzepte führte zur Identifizierung von Best Practices, die den Behörden in NRW und den Projektpartnern im Rahmen von Besprechungen und Konferenzen, aber auch über andere Formen der Informationsvermittlung (Intranet, Fortbildungsveranstaltungen), zugänglich gemacht wurden.

4.7 Initiierung von Auswerteprojekten und Ermittlungsverfahren

Eines der erfolgsbestimmenden Handlungsfelder im Rahmen des Projektes KEEAS war die Intensivierung der Zusammenarbeit und des Informationsaustausches auf sowohl nationaler als auch internationaler Ebene, mit dem Ziel, Auswerteprojekte bzw. strafprozessuale Ermittlungsverfahren zu initiieren.

Soweit sich während der Projektlaufzeit im Rahmen der polizeilichen Analyse der Clanstrukturen Hinweise auf kriminelle Personengeflechte oder den konkreten Anfangsverdacht einer Straftat ergeben haben, sind die so entstandenen Auswerteprojekte oder strafprozessualen Ermittlungsverfahren durch die Zurverfügungstellung von Informationen aus dem Projekt KEEAS gefördert worden.

Auf Initiative des Projektes KEEAS und seiner Projektpartner wurde eine gemeinsame Schwerpunktsetzung auf Ebene des Bundes diskutiert. Der Beschluss der 38. Sitzung der „Kommission Organisierte Kriminalität“ (KOK) übertrug NRW die Federführung in einer Arbeitsgruppe mit Vertretern des BKA und der Landeskriminalämter Berlin, Bremen und Niedersachsen, um einen Vorschlag für die weitere Behandlung des Themas „Clankriminalität“ auf Ebene des Bundes zu entwickeln. Das Arbeitsergebnis ist Gegenstand der Befassung in der 39. Sitzung der KOK am 17./18.10.2018, um über eine bundesweite Schwerpunktsetzung bzw. Projektierung abzustimmen.

4.8 Politikberatung, Öffentlichkeitsarbeit

Die Bekämpfung der „Clankriminalität“ entfaltet eine erhebliche kriminalpolitische sowie mediale Relevanz. Diese hat sich im Laufe der Projektarbeit sowohl aufgrund aktueller Einsatz- und Kriminalitätslagen als auch als Ergebnis von Initiativen der Projektorganisation KEEAS deutlich gesteigert. Der kriminalpolitische Schwerpunkt „Clankriminalität“ ist im Koalitionsvertrag der Landesregierung NRW 2017 – 2022 festgeschrieben. Das LKA NRW ist mit der Erstellung eines Lagebildes „Bekämp-

fung der Clankriminalität“ beauftragt. Parallel hat die Landesregierung NRW operative Einsatzmaßnahmen in den Kreispolizeibehörden (KPB) intensiviert, wobei der Schwerpunkt der Initiativen im Ruhrgebiet liegt.

Diese Initiativen sind nicht allein auf Aspekte der Repression und der Prävention begrenzt, sie dienen ebenfalls der Information der Öffentlichkeit über ein kriminalpolitisch aktuelles Phänomen. Der Dialog mit der Öffentlichkeit ist langfristig angelegt und wird, z. B. im Rahmen der „Ruhrkonferenz 2018“, eine Beteiligung der Bürger an der Gestaltung der Sicherheitspolitik in NRW gewährleisten.

Auch war das Thema „Clankriminalität“ Gegenstand von Führungs- und Fachtagungen des IM NRW, in welchen sowohl Aspekte der Kriminalitätsbekämpfung, der allgemeinen Einsatzwahrnehmung als auch der Durchführung von Maßnahmen der Verkehrsüberwachung aufgegriffen wurden. Parallel dazu waren Mitarbeiter aus dem Projekt KEEAS im Rahmen von Anfragen aus der Politik und den Medien in diversen beratenden oder unterstützenden Funktionen eingebunden.

Abschließend ist zusammen zu fassen, dass die durch die Projektorganisation KEEAS gestalteten Initiativen eine große Resonanz in der Öffentlichkeit entfaltet und Bedeutung sowie Ausmaß von „Clankriminalität“ in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt haben.

4.9 Forschungsprojekte, Aus- und Fortbildung

Die im Rahmen der Literaturschau gewonnenen Erkenntnisse zur Forschungslage im Kontext der Clankriminalität waren Grundlage für

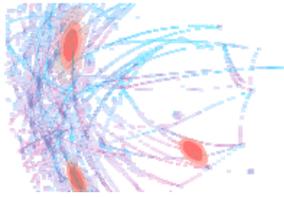
einen kontinuierlich geführten Diskussionsprozess mit ethnologisch, soziologisch sowie kriminologisch ausgerichteten Forschungseinrichtungen in Deutschland. Gegenstand der Debatte war dabei u. a. die Frage, inwieweit zukünftig Forschungsprojekte durch die im Projekt KEEAS gewonnenen Erkenntnisse unterstützt werden können. Dies betrifft u. a. Fragen des justiziellen Umgangs mit dem Thema „Clankriminalität“, z. B. mit Blick auf die Risiken der Entwicklung paralleler justizieller Strukturen.

Ebenfalls waren Projektmitarbeiter in die Konzeptionierung neuer sowie die inhaltliche Anreicherung bereits existierender zentraler Fortbildungsmaßnahmen durch das Landesamt für Aus- und Fortbildung der Polizei NRW (LAFP NRW) eingebunden.

4.10 Fazit

Über eine Vielzahl durch das Projekt KEEAS entwickelter Initiativen ist es gelungen, das in NRW vorhandene polizeiliche Wissen über „Clankriminalität“ umfassend zu erweitern, Polizeivollzugsbeamte für die Phänomenologie der „Clankriminalität“ sowie der von ihren Akteuren ausgehenden Gefahren zu sensibilisieren - und damit letztendlich die polizeilichen Fähigkeiten und Kompetenzen für die Einsatzwahrnehmung und Kriminalitätsbekämpfung zu stärken.

Die hier skizzierten vielschichtigen Initiativen haben es ermöglicht, einen Überblick über die landesweit im Kontext der Bekämpfung der „Clankriminalität“ umgesetzten polizeilichen Konzepte und die aktuell existierenden kriminellen Personenstrukturen und deren Zusammenarbeitsformen zu generieren und aus die-



sem Wissenstand heraus Empfehlungen für Best Practices zum repressivem und präventivem polizeilichem Handeln zu entwickeln. Darüber hinaus bilden die sowohl im Rahmen der Projektorganisation als auch in den regionalen Polizeibehörden im Verlaufe des Projektes KEEAS gewonnenen Erkenntnisse eine erweiterte Grundlage für kriminalpolitische Ent-

scheidungen in NRW. Die aktuell im Kontext der „Clankriminalität“ umgesetzte Schwerpunktsetzung in NRW steht in engem Zusammenhang mit den durch die Projektgruppe KEEAS gesetzten Initiativen.

5 Projektergebnisse / Situationsbeschreibung NRW

Das vorrangige Ziel des Projektes lag in der Identifizierung und Beschreibung in NRW existierender Kriminalitäts- und Einsatzbrennpunkte. Ergänzend sollte die Erkenntnisstruktur im Bereich ethnisch abgeschotteter Subkulturen bundesweit verbessert werden. Ein Überblick über die aktuelle Situation wird im Folgenden insoweit skizziert, als dass in diesem Dokument keine Inhalte aufgegriffen und beleuchtet werden, die den Charakter vertraulicher Informationen haben, welche ausschließlich für den Dienstgebrauch der Polizei bestimmt sind.^[5] Die Benennung von Personen oder Familiennamen, die Schilderung konkreter Sachverhalte oder aber die Beschreibung kriminaltaktischer oder kriminalstrategischer Überlegungen können nicht Gegenstand dieses öffentlich publizierten Abschlussberichtes sein.

5.1 Räumliche Schwerpunkte

Die räumliche Siedlungspraxis türkisch-arabischstämmiger Clanfamilien innerhalb von NRW ist nur zum Teil nachvollziehbar. Es existieren diverse Familien, denen zwischen 250 und über 1.000 Personen angehören. Mit zehn oder sogar mehr Kindern sind die Familien

nicht nur für europäische Maßstäbe sehr groß. Günstiger Wohnraum sowie familiärer Nachzug haben dazu geführt, dass sich in den vergangenen 30 Jahren insbesondere im Ruhrgebiet große Familienverbände konzentriert haben. Deren Siedlungsgebiete korrespondieren häufig mit lokalen Kriminalitätsbrennpunkten. Im Informationsaustausch mit den örtlich zuständigen Polizeibehörden sowie den Städten und Kommunen ergibt sich eine räumliche Konzentration vor allem in den Städten Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen und Recklinghausen sowie in einigen an diese Städte angrenzenden Landkreisen.

Eine Auswertung polizeilicher Daten führte zu ergänzenden Hinweisen auf Ansiedlungen in weniger intensiv besiedelten Räumen, sofern dort niedrige Lebenshaltungskosten (insbes. Wohnungsmieten) existieren. Die Kreise Borken, Coesfeld, Düren oder Mettmann sind Beispiele für eine solche Siedlungspraxis der Clanfamilien. Da der ausländerrechtliche Status vieler Clanangehöriger keine Arbeitsaufnahme zulässt, entfalten Pull-Faktoren des Arbeitsmarktes für die Wahl des Wohnsitzes weniger Relevanz als z. B. billiger Wohnraum oder bereits angesiedelte Familien gleicher Ethnie.

Die Familien leben in den Ballungsgebieten jeweils dicht beieinander und pflegen untereinander, zur Restfamilie im Libanon bzw. der Türkei, Syrien oder anderen Staaten, intensive Kontakte. Durch die Mobilität ihrer Angehörigen und vorwiegend intra-ethnischer Eheschließungen sind die Clanfamilien international vernetzt, verwandtschaftlich verflochten und agieren mit einer erheblichen Dynamik zunehmend über NRW hinaus (bundesweit und international). Diese Ausgangssituation ist Basis für kriminelle Aktivitäten in Form einer gesicherten Vorbereitung und Durchführung von Straftaten bis hin zur Beutesicherung und Bereicherung innerhalb der eigenen Familie. Die zentrale Bedeutung des Familienverbundes für das kriminelle Handeln der Clanangehörigen dokumentiert darum die Notwendigkeit einer an den Familienstrukturen orientierten polizeilichen Auswerte- und Ermittlungstätigkeit.

Mitglieder türkisch-arabischstämmiger Clanstrukturen sind außerhalb von NRW in erster Linie in den Bundesländern Berlin, Bremen und Niedersachsen präsent und kriminell aktiv. Die Verfolgung clanbasierter Kriminalität ist in diesen Ländern ebenfalls Schwerpunkt der OK-Bekämpfung. Europaweit lässt sich die Verteilung der Clanmitglieder auf die Praxis der Ansiedlung als Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Libanon und dem damit einhergehenden Familiennachzug zurückführen; die Präsenz in den Ländern der EU variiert clanbezogen. Neben einer Siedlungskonzentration in Deutschland ist eine hohe Dichte der Clanfamilien in Schweden und Dänemark gegeben.

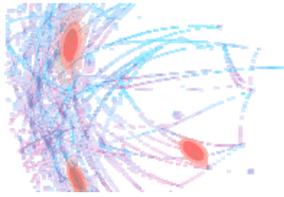
5.2 Delinquenz

In Ermittlungsverfahren in NRW, deren Tatverdächtige (TV) ethnisch einem türkisch-

arabischstämmigen Familienclan zuzurechnen sind, dominieren, jedenfalls für den Phänomenbereich der OK, Delikte der Betäubungsmittel (BtM)-Kriminalität – primär Einfuhrschmuggel und Handeltreiben mit Kokain sowie gewerbsmäßige Bandenhehlerei, Betrugsdelikte und Urkundenfälschungen. Fokussiert auf die Allgemeine Kriminalität sind Clanmitglieder überdurchschnittlich häufig in Rohheitsdelikten involviert – u. a. schwere oder auch vorsätzlich begangene einfache Körperverletzungen, Bedrohung, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Beleidigungen. Häufig liegt den Auseinandersetzungen eine Überschneidung von Interessen und in der Folge eine Eskalation von Streitigkeiten zwischen verfeindeten Gruppierungen (anderen Clanfamilien oder sonstigen Gruppierungen im Milieu) um kriminelle Märkte oder innerorganisatorische Aspekte zugrunde, die oftmals unter Nutzung von Hieb-, Stich- und Schlagwerkzeugen sowie, wenn auch selten, Schusswaffen ausgetragen werden.

Ebenfalls ein häufig berichteter Grund für gewalttätige Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit und damit verbundene Tumultlagen sind Streitigkeiten zwischen einzelnen Clanfamilien, die Ausdruck sowohl von Konflikten im Rahmen der Begehung von Kriminalität (z. B. Revierkämpfe) als auch innerfamiliärer Themen (z. B. Ehrverletzungen) sein können.

Darüber hinaus sind Mitglieder türkisch-arabischstämmiger Clanfamilien im aktuell prosperierenden Phänomenbereich des „Call-ID-Spoofing“ aktiv. Überwiegend in der Türkei werden hierbei betrügerische Callcenter betrieben, die mit gefälschter Anruferkennung und gezielten Nötigungshandlungen bevorzugt in Deutschland ansässige Senioren telefonisch kontaktieren und unter einem Vorwand zu Geldzahlungen veranlassen.



Eine weitere Ausprägung clantypischer Kriminalität stellt die Nutzung des Kraftfahrzeuggewerbes i. w. S. dar. Diese oftmals in einen legalen Rahmen gekleidete Tätigkeit bietet den logistischen Rahmen für den BtM-Handel und -Schmuggel sowie für alternative, nicht regulierte Formen des Geldtransfers^[6], aber auch für die Unterstützung jedweder kriminellen Handlung durch die Möglichkeit der Zurverfügungstellung von Kraftfahrzeugen. Die besondere Affinität des Clanmilieus zu hochmotorisierten Fahrzeugen dokumentierte sich in der Vergangenheit häufig in der Nutzung des öffentlichen Raumes für „Car-Posing“ und damit in Verbindung stehende Delikte (Fahrzeugrennen im öffentlichen Verkehrsraum, technische Manipulation an Kraftfahrzeugen).

In der Vergangenheit sind immer wieder Mitglieder aus Clanfamilien in Strafverfahren wegen Wuchers eingebunden gewesen, die in erster Linie mit dem Betrieb von Schlüsseldiensten im Zusammenhang stehen.

Aus polizeilicher Sicht sei schließlich noch auf international angelegte Geldwäschehandlungen hingewiesen, die ebenfalls mit der Begehung nicht genehmigter Bargeldtransfergeschäfte einhergehen. Diese stellen, ähnlich wie die Tätigkeit im Fahrzeuggewerbe, deliktisches Handeln in der Ausprägung eines „crime as a service“ dar.

Verschiedene Zollfahndungsämter, insbesondere in NRW und Niedersachsen, führten in den vergangenen Jahren zahlreiche Verfahren gegen TV, im Schwerpunkt Angehörige der Mhallamiye, wegen des Einfuhrschmuggels von und des Handels mit unversteuerten Zigaretten und insbesondere unversteuertem Wasserpfeifentabak (WPT). Das Shisha-Bar-Milieu wird überwiegend von Personen mit Bezügen zu Clanfamilien kontrolliert. Darüber hinaus ermitteln die Zollbehörden bei dieser Täter-

gruppe immer wieder im Bereich des Schmuggels und illegalen Handels mit Arzneimitteln und Plagiaten.

5.3 Schnittmengen zu anderen Phänomenen

5.3.1 Rocker-Milieu

Türkisch-arabischstämmige Gruppierungen bzw. einschlägige Einzelpersonen verfügen über belegte Verbindungen in das Rockermilieu. In NRW sind Bezüge zu traditionellen Gruppierungen („Hells Angels MC“, „Bandidos MC“) sowie auch zu rockerähnlichen Gruppierungen festzustellen. Es ist bekannt, dass die Infiltration der Charter und Chapter durch türkisch-arabischstämmige Clanangehörige Gegenstand der Diskussion auf Ebene der Führung der Outlaw Motorcycle Gangs (OMCGs) in Deutschland ist.

5.3.2 Rapper-Milieu, Boxer-Szene

Durch die offensive Nutzung sozialer Medien erlangt das Rapper-Milieu und die damit verbundene Rapper-Subkultur Bedeutung im Zusammenhang mit der Delinquenz von Angehörigen türkisch-arabischstämmiger Großfamilien. Für Angehörige der jeweiligen Ethnien sind Aktivitäten in dieser Szene häufig ein erster Schritt auf eine gesellschaftlich wahrgenommene Ebene.

In der Rapper-Szene – jedenfalls in der Ausprägung der sog. Gangster-Rapper – findet eine Vermischung legaler und illegaler Aktivitäten statt; aus der Vermarktung „eigener“ Rapper und Labels entwickelt sich erhebliches wirtschaftliches Potential. Tatsächlich existie-

rende oder inszenierte Konflikte in der Szene werden in sozialen Netzwerken ausgetragen, verstärkt und bilden häufig die Grundlage für gewalttätige Auseinandersetzungen. Die aggressive Kommunikation des Rapper-Milieus spricht in den sozialen Netzwerken direkt Angehörige aus den türkisch-arabischstämmigen Familien an und ist u. a. geeignet, den Einstieg in eine kriminelle Karriere zu fördern.

Eine sich entwickelnde Boxerszene bildet ein ethnisch weitgehend geschlossenes Milieu, in dem sich sportliche Ambitionen einzelner Clanmitglieder mit einem gesellschaftlichen Umfeld verbinden, in welchem kriminelle Handlungen besprochen werden. Auch bieten die Wettkämpfe ein Podium für die Zurschaustellung von Hierarchien und Einflussphären in den „Clans“. Im Rahmen polizeilicher Auswertungen sind Bezüge aus der Boxerszene heraus zu Personengeflechten offenkundig geworden, die der OK zugeordnet werden müssen.

5.3.3 Rezeption in den Medien

Das Agieren krimineller Angehöriger der „Clans“ basiert zu einem großen Teil auf der Interaktion mit der Öffentlichkeit – das inszenierte Auftreten im öffentlichen Raum ebenso wie in den sozialen (Facebook, Twitter, Instagram) oder traditionellen Medien (Zeitungen, Fernsehen). Inwieweit die Thematisierung von „Clankriminalität“ – z. B. im Rahmen von Fernsehserien („Four Blocks“) oder journalistischen Formen der Berichterstattung – geeignet ist, den selbstgewählten Nimbus der Clanangehörigen zu fördern und damit einen Anreiz für Jugendliche bietet, sich zur Ansehenssteigerung in kriminellen Clanstrukturen zu engagieren, ist bislang nicht untersucht.

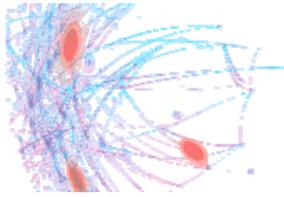
5.3.4 Shisha-Bar-Szene

Bei der Befassung mit begleitenden Erscheinungsformen der „Clankriminalität“ verdient die Shisha-Bar-Szene besondere Aufmerksamkeit, da sie sich landesweit in fast allen Kommunen in NRW ausbreitet und eine Kommunikations- und Rückzugsebene für kriminelle Clanmitglieder darstellt. Auch dienen diese Lokale häufig als „Büro“ für sog. Friedensrichter.

Shisha-Bars sind Teil einer sich entwickelnden Jugendkultur, aber auch Treffpunkte subkultureller und krimineller Strukturen und dienen damit als Ausgangspunkt für logistische, soziale und informationelle Kontakte. Insbesondere im Ruhrgebiet werden Shisha-Bars von Angehörigen türkisch-arabischstämmiger Clanfamilien zielgerichtet über Strohleute eröffnet.

Die Bedeutung des Shisha-Bar-Milieus im Zusammenhang mit kriminellen Aktivitäten bestätigen Erkenntnisse des Zolls genauso wie Rückmeldungen aus den Polizeibehörden, in denen die Shisha-Bar-Szene vor dem Hintergrund lokaler Konzepte im Rahmen eines administrativen Ansatzes verstärkt aufgeklärt und kontrolliert wird. Der häufig für einen auch finanziell erfolgreichen Betrieb einer Shisha-Bar notwendige Verkauf unversteuerten Wasserpfeifentabaks und die damit unmittelbar zusammenhängende illegale Einfuhr wird seitens der Zollbehörden durch stetig steigende Sicherstellungsmengen und hohe Beanstandungsquoten mit Blick auf die kontrollierten Lokalitäten belegt.

In Shisha-Bars entwickeln sich zudem häufig Gesundheitsgefahren durch den Betrieb der Wasserpfeifen, da durch die Vorbereitung und das Rauchen von Shisha-Pfeifen, verbunden mit baulichen Mängeln und einer fehlenden



Belüftung, eine gefährliche Kohlenmonoxid-Belastung (CO) für Gäste und Kontrollpersonal entstehen kann. Die steigende Anzahl an Meldungen über Kohlenmonoxid-Vergiftungsfälle im Zusammenhang mit dem Konsum von Wasserpfeifen bestätigt das Gefahrenpotential für die Gesundheit, welches vom Betrieb von Shisha-Bars ausgeht.

5.3.5 Car-Poser-Szene / Profilierungsfahrten / Raser-Szene

Angehörige türkisch-arabischstämmige „Clans“ präsentieren sich in der Öffentlichkeit und in sozialen Medien häufig im Zusammenhang mit der Nutzung hochmotorisierter Luxusfahrzeuge und kommentieren diese in sozialen Medien. Dieses Auftreten soll sowohl die Ablehnung der geltenden Rechtsordnung dokumentieren als auch der Demonstration des erreichten Wohlstands sowie des Status in der ethnischen Community dienen. Der offensiv dokumentierte Besitz materieller Güter (Pkw, Schmuck, Kleidungsstücke) wird in den Familien unmittelbar mit den Begriffen „Macht“ und „Stärke“ assoziiert und bildet die Grundlage für den Status des Einzelnen in der ethnischen Community.

5.4 Bewaffnung

In der Vergangenheit ist es im Clanmilieu wiederholt zu Streitigkeiten zwischen einzelnen Familien bzw. Gruppen gekommen, bei denen es zum Einsatz von Schuss-, Stich- oder Schlagwaffen kam. Die hier im Rahmen von Auswertungen gewonnenen Erkenntnisse deuten jedenfalls auf Kontakte einzelner Clanmitglieder in Milieus hin, in denen mit verbotenen Waffen gehandelt wird. Die instabile politische

Situation in Teilen der Türkei sowie in Syrien und die in diesen Regionen hohe Verfügbarkeit von Schusswaffen, teilweise auch Kriegswaffen, sind geeignet, das Gefährdungspotential zu erhöhen. Konflikte, bei denen der Einsatz von (Schuss-) Waffen eine zentrale Rolle spielte, sind in der Vergangenheit insbesondere in Schweden aufgetreten.

5.5 Paralleljustiz, Friedensrichter

„Paralleljustiz“ stellt eine Form unzulässiger Streitbeilegung außerhalb der Rechtsordnung dar, die im Verborgenen agiert und Ausdruck eines anderen tradierten Werte- und Normsystems ist.^[7] Häufig ist die Ausübung und Inanspruchnahme alternativer Konfliktregelungsmechanismen weniger auf eine rechtsfeindliche Gesinnung zurückzuführen, sondern beruht auf kulturell geprägten Gewohnheiten aus den unterschiedlichen Herkunftsländern der Beteiligten. Konflikte werden von den Clanangehörigen häufig als reine Privatsache angesehen, in die sich der Staat nicht „einzumischen“ hat. Zudem bestehen Informations- und Vertrauensdefizite im Hinblick auf den Rechtsstaat als Grund für den Rückgriff auf eigene Schlichtungsmechanismen. Aufgrund der in den Herkunftsländern der Clanfamilien gewonnenen Lebenserfahrung nehmen diese den Staat und seine Organe als feindliches Unterdrückungsinstrument wahr. Es herrscht häufig Unkenntnis über die Grundsätze des deutschen Rechts, das zudem als sanktionsarm und „schwach“ bewertet wird.

Wissenschaftlich angelegte Untersuchungen wie auch die im Rahmen des Projektes KEEAS gesammelten Erkenntnisse erlauben bislang keine verlässliche Quantifizierung des Ausmaßes einer möglichen Existenz paralleler justizieller Systeme.^[8] Der Koalitionsvertrag der Lan-

desregierung NRW für die Legislaturperiode 2017-2022 sieht die Erstellung eines Lagebildes zum Phänomen der Paralleljustiz in NRW vor. Dieses Lagebild wird vom „Zentrum für Interkulturelle Kompetenz der Justiz NRW“ in enger Zusammenarbeit mit dem Ministerium der Justiz erstellt. Um die Erscheinungsform von Paralleljustiz in einer Art und Weise zu beleuchten, die neue, weiterführende Erkenntnisse liefert und gleichzeitig in die Lage versetzt, wirkungsvolle Abwehr- bzw. Korrekturmechanismen zu entwickeln, wird für die Erstellung des Lagebildes „Paralleljustiz“ ein mehrschichtiger Ansatz zum Tragen kommen. Dabei soll eine fundierte wissenschaftliche Erforschung des Phänomens unter ethnologischen und rechtswissenschaftlichen Aspekten eine wesentliche Grundlage des Lagebildes darstellen. Als Ausdruck der Folgen mangelnder Integration und eines ungewissen Aufenthaltsstatus vieler Libanesen und Mhallamiye dient die außergerichtliche Streitbeilegung auch dazu, Öffentlichkeit zu vermeiden und möglicherweise Abschiebungen zu verhindern. Rechtsstaatlich problematisch ist die Ablehnung staatlicher Institutionen und des staatlichen Sanktionsmonopols durch das Aufstellen eigener Regeln und ungeschriebener Gesetze vor allem auf dem Rechtsgebiet des Straf- und Vertragsrechts sowie des Familien- und Erbrechts.

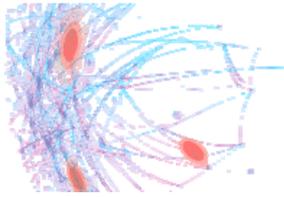
Es muss für NRW als belegt angesehen werden, dass sich zur Regelung von Ehrverletzungen und zur Durchsetzung von Familieninteressen innerhalb wie außerhalb der Clanfamilie mittlerweile Ausprägungen strukturell verankerter außerstaatlicher Konfliktregulierungsmechanismen mit eigenen Sanktionsformen entwickelt haben. Dabei fungieren in „libanesischen“ Milieus als Schlichter eingesetzte Familienoberhäupter oder Clanälteste auch zur Klärung spezifischer Fragestellungen innerhalb

der Clanfamilien mit Bezügen zur Kriminalität (Aufteilung von Einflussphären, z. B. beim BtM-Handel). Ob diese Autoritäten auch über quasi-justizielle Kompetenzen verfügen (als sog. Friedensrichter) und deren Einfluss damit über die Funktion eines Mediators hinausgeht, ist bislang nicht belegt.

5.6 Prävention

Typisch für das Verhaltensrepertoire der Clanangehörigen mit türkisch-arabischstämmigem Migrationshintergrund ist das Bestreben, ihren Anspruch auf Vormachtstellung gegenüber der Öffentlichkeit aggressiv zur Schau zu stellen. Dies geschieht auch in der Überzeugung, dass strafprozessuale oder ausländerrechtliche Maßnahmen sich als ungeeignet erweisen, sie in ihrem kriminellen Expansionsdrang zu hindern. Verhaltensänderungen im Milieu der Clanfamilien können in erster Linie durch frühzeitige, zeitnahe und konsequente Reaktionen auf Rechtsverletzungen (auch in Form parallel umgesetzter vermögensabschöpfender Maßnahmen), flankiert von intensiven Bemühungen um die Integration der nachwachsenden Generation, bewirkt werden.

Diesen Ansatz verfolgen diverse kriminalpräventive Initiativen in NRW^[9], die in verschiedenen Städten kriminalitätsgefährdeten Kindern und Jugendlichen in besonderen sozialen Problemlagen helfen, Wege aus der Kriminalität zu finden. Es handelt sich um den Ansatz, pädagogische Fachkräfte einzubinden und individuell, z. B. durch aufsuchende Sozialarbeit, die Ursachen für individuelle Kriminalität zu identifizieren. Pädagogische Fachkräfte koordinieren die Netzwerkarbeit und erstellen unter Berücksichtigung integrativer Ansätze (z. B. Planungen und Anregungen des Jugendamtes) ein passgenaues kriminalpräventiv wirkendes An-



gebot für die betroffenen Kinder, Jugendlichen und deren Familien.

Ähnliche Initiativen existieren auch in anderen Ländern bzw. Staaten (Dänemark, Schweden). So konnten im Rahmen des Informationsaustausches bei einer dänischen Brennpunktpolizeistation in Vollsmose, einem Vorort von Odense, Erfahrungen mit einem dort praktizierten Präventionsmodell gemacht werden. Dort handeln Polizei und Sozialarbeiter als organisatorische Einheit und kombinieren staatliche „soft-power“ und „hard-power“, um positive Verhaltensansätze von Clanangehörigen zu erkennen und Ansatzpunkte im Hinblick auf „Aussteigewillige“ zu finden. Der nicht-kriminellen Bevölkerung im „Ghetto“ wird durch eine Null-Toleranz-Strategie signalisiert, dass man ihren Lebensraum lebenswert und sicher machen möchte. Grundlegende Basis in diesem „Dialog-Projekt“ ist Wissen zu Einzelpersonen in den Clanfamilien. Diese Informationen dienen polizeilichen Einsatzkräften und Streetworkern dazu, die „stärkenden“ Gangstrukturen aufzubrechen und einzelnen

Personen gezielt den Ausstieg aus dem kriminellen Lebensstil zu ermöglichen.

Es ist als Ergebnis von Experteninterviews im Projekt KEEAS erkennbar geworden, dass repressive Maßnahmen gegenüber notorisch kriminellen Clanmitgliedern nur geringen präventiven Einfluss entfalten. Deutliche generalpräventive und kriminalitätsbegrenzende Wirkungen gegenüber dieser Personengruppe dürften in erster Linie aufenthaltsbeendende Maßnahmen haben. Angesichts des aufenthaltsrechtlichen Status vieler Clanmitglieder, ihrer fehlenden Mitwirkung und der außenpolitischen Implikationen, die mit Bemühungen um Abschiebungen einhergehen, werden aufenthaltsbeendende Maßnahmen, insbesondere in den Libanon, derzeit de facto nicht durchgeführt.

6 Handlungsempfehlungen

Der im Projekt KEEAS erfolgte Austausch über effektiv wirkende konzeptionelle Ansätze zur Begegnung der vielschichtigen Probleme im Kontext türkisch-arabischstämmiger Familienclans zeigt auf, dass polizeiliche Initiativen und eine Null Toleranz-Strategie allein nicht ausreichen, eine grundsätzliche Reduktion der „Clan-kriminalität“ zu bewirken. Für ausstiegswillige Clanmitglieder müssen Signale gesetzt werden, die zeigen, dass sich nicht-kriminelles Verhalten lohnt. Dies bedingt integrierte und von einer Vielzahl unterschiedlicher Akteure getragene Ansätze.

Die zur Unterstützung der Tätigkeit der Polizeibehörden formulierten Handlungsempfehlungen umfassen u. a. taktische Maßnahmen und Verhaltenshinweise, die als Verschlussache zu behandeln sind. Sie können nicht Gegenstand eines der allgemeinen Öffentlichkeit zur Verfügung gestellten Abschlussberichtes sein. Die Handlungsempfehlungen sind darum in einem Beiheft zusammengefasst, welches denjenigen Publikationen beigelegt ist, die an innerpolizeiliche Bedarfsträger adressiert sind.

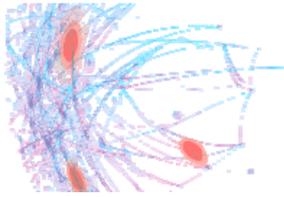
7 Aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen

7.1 Kriminelle Kooperationen und Konfliktpotentiale

Aktuell sind Schnittmengen und Kooperationen zwischen Angehörigen türkisch-arabischstämmiger Familienclans und der Rockerszene zu beobachten. Ebenfalls wird von der Zusammenarbeit der Familienclans mit aus Albanien stammenden Organisationen berichtet. Perspektivisch ist eine zunehmend polykriminelle und insbesondere ethnienübergreifende Kooperation mit anderen kriminellen Organisationen wahrscheinlich. Dabei sind Auseinandersetzungen um kriminelle Märkte zu erwarten, die sich auch in öffentlich wahrnehmbaren Gewaltaktionen dokumentieren werden.

Erste Hinweise aus anderen Bundesländern,

aber auch aus dem Ausland, deuten – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der aktuellen Migrationsentwicklung – auf sich verstärkende Konflikte mit kriminellen Angehörigen von in Deutschland ansässigen irakischen, palästinensischen und syrischen Großfamilien hin. Die weiterhin hohen Gewinnpotentiale, insbesondere der Markt illegaler Betäubungsmittel, lassen Verteilungskämpfe zwischen türkisch-arabischstämmigen Familienclans und anderen sich neu etablierenden arabischstämmigen Strukturen erwarten. In wieweit auch die religiöse Verortung der einzelnen Gruppen das Risiko birgt, sich zum Argumentationsmuster für Konflikte untereinander zu entwickeln, kann aus hiesiger Sicht nicht abschließend beurteilt werden. Ein solches Potential ist jedoch naheliegend.



7.2 Finanzermittlungen

Auswertungen der OK-Dienststellen in NRW weisen auf eine erhebliche wirtschaftliche Potenz einzelner Personen oder Familienverbände hin. Diese zeigt sich in der szenetypischen Nutzung teurer Pkw, in einer über soziale Netzwerke offensiv verbreiteten Zurschaustellung von Bargeldvermögen oder sonstiger Luxusartikel bis hin zum Kauf von Immobilien. Bislang mangelt es an abschließenden Analysen insbesondere im Zusammenhang mit dem Kauf von Immobilien und der sich daran anschließenden Nutzung.

In diesem Zusammenhang sind (Finanz-) Ermittlungen unter Einbindung der Kommunen, u. a. der Grundbuchämter und der kommunalen Datenbestände von erheblicher Bedeutung für eine erfolgreiche Kriminalitätsbekämpfung.

Die Rapper-Szene spielt als Wirtschaftsfaktor eine Rolle und ist Gegenstand der öffentlichen Diskussion über neu sich entwickelnde kulturelle Einflüsse im Musikbusiness. Auf einer gesellschaftlich wahrgenommenen Ebene findet hier eine Vermischung von legalen mit illegalen Aktivitäten statt, die das Potential für u. a. Geldwäschehandlungen oder Steuerdelikte bietet, allerdings auch über integratives und damit präventives Potential verfügt. Auch hier können Finanzermittlungen dazu dienen, insbesondere steuerlich relevante Sachverhalte zu identifizieren und zu verfolgen.

7.3 Entwicklung valider Datenbestände

Bereits an anderer Stelle ist darauf hingewiesen worden, dass die familiäre Struktur und die Verortung in einer Ethnie von grundlegender

Bedeutung für das Selbstverständnis der kriminellen Clanmitglieder und deren Vorgehen bei der Begehung von Straftaten sind (Pkt. 3.1). Für die polizeiliche Reaktion auf diese Entwicklung, insbesondere für kriminalpolizeiliche Auswertungen und die darauf basierende Generierung und Durchführung von Ermittlungsverfahren, sind Kenntnisse über die familiären Strukturen und clanübergreifende Verflechtungen von zentraler Bedeutung.

Die dazu erforderliche Profilbildung anhand ethnischer Gemeinsamkeiten sowie familiärer Existenz wird sich dem Vorwurf einer weniger am konkreten Tatverdacht als an der gruppenspezifischen Herkunft orientierten Bewertung aussetzen müssen. Von Seiten der Projektgruppe KEEAS wird keine zielführende Alternative zur Gewinnung von Hintergrundinformationen über Strukturen und Verantwortlichkeiten gesehen als die Auswertung der Familienstrukturen.

Die Nutzung eines länderübergreifenden, technologiegestützten Rechercheansatzes ist zentral für die Aufhellung des Dunkelfeldes. Die Anforderungen an die Interoperabilität von Datenbeständen werden perspektivisch höher werden. Dies betrifft den innerpolizeilichen Datenaustausch mit den Ländern und dem Bund, aber auch die Kommunikation mit anderen Behörden und Organisationen. Dies verdeutlicht, jedenfalls aus Sicht der polizeilichen Auswerter und Ermittler, die Notwendigkeit der systematischen Zusammenführung von Daten und der Entwicklung einer gemeinsamen Plattform für den Austausch von Erkenntnissen. Dabei ist die Wahrung datenschutzrechtlicher Erfordernisse ebenso sicherzustellen, wie die Gewährleistung der technischen Datensicherheit.

7.4 Einheitliche Definition

Die Entwicklung eines einheitlichen Verständnisses vom Begriff „Clan“ bzw. „Clankriminalität“, verbunden mit einer bundesweit einheitlichen Definition, welche geeignet ist, einen Konsens in diesem Zusammenhang herzustellen, stellt eine weitere Herausforderung dar. Auf Basis der bereits gewonnenen weitreichenden Erkenntnisse in NRW ist eine NRW-spezifische Begriffsdefinition, wie unter Pkt. 3.1 beschrieben, erarbeitet worden. Eine bundesweit abgestimmte Definition und ein einheitliches Melde- und Erfassungsverhalten einschlägiger Sachverhalte und Ermittlungsverfahren muss folgen, um aussagekräftige Lagebilder generieren und Lageentwicklungen erkennen zu können.

7.5 Herausforderungen für die Justiz

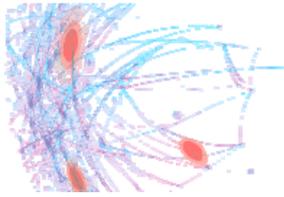
Hauptverhandlungen mit Prozessbeteiligten aus dem Milieu türkisch-arabischstämmiger Familienverbände ziehen in den betroffenen Polizeibehörden häufig aufwändige Gefährdungsbeurteilungen und ressourcenintensive Einsatzmaßnahmen nach sich. So wird über zeitintensive und von Konflikten geprägte gerichtliche Hauptverhandlungen und Sitzungsverläufe im Kontext „libanesischer“ Angeklagter berichtet. Im Vorfeld und während der Verhandlungen vor Gericht ist es häufig zu Einflussnahmen auf Mitbeschuldigte und Zeugen, ungebührlichem Verhalten sowie aggressiven Drohungen gegenüber den Prozessbeteiligten gekommen. Offene Anfeindungen und massive Bedrohungen des Gerichts erfolgen durch die Beschuldigten selbst, deren Familienangehörige sowie durch beauftragte Zuschauer.

Die Erfahrungen von Polizei und Justiz müssen als Grundlage für Handlungskonzepte zur Vermeidung derartiger, von Beeinflussungen, Drohungen und Störungen geprägter Situationen im Vorfeld und während der gerichtlichen Verhandlungen herangezogen und genutzt werden. Bedingt durch die Auswerte- und Analyseproblematik zu den hier lebenden Großfamilien (s. Pkt. 3.4) sowie ihrer abgeschotteten Strukturen ist das Dunkelfeld erheblich; hierunter dürften insbesondere Bedrohungs- und Gefährdungssituationen für potentielle Zeugen oder Opfer fallen, die von der Kriminalität türkisch-arabischstämmiger Familienclans betroffen sind. Unterstützt werden sollen auch Sachbearbeiter in den Kommunen, die mit Versuchen der Einflussnahme auf administrative Prozesse – z. B. durch Einschüchterung oder Bedrohung – konfrontiert werden.

Das Niedersächsische Justizministerium hat, nachdem es u. a. zu konkreten Bedrohungen von Angehörigen der Justiz gekommen ist, die Zeugenschutzmaßnahmen erforderlich machten, Handlungsempfehlungen für die beschriebenen Szenarien entwickelt.^[10] Auch in Berlin sind Maßnahmen entwickelt worden, die dazu dienen, die Sicherheit der eingesetzten Polizeibeamten zu gewährleisten.

Das unmissverständliche Signal an die kriminellen Clanangehörigen darf nicht mit dem Polizeieinsatz enden. Die gerichtliche Hauptverhandlung muss zeitnah stattfinden. Das gilt im Übrigen auch für polizeiliche bzw. ordnungsbehördliche Bearbeitung von Ordnungswidrigkeiten sowie die Umsetzung darauf bezogener Sanktionen.

Das in NRW in einigen Städten verfolgte Konzept „Staatsanwalt vor Ort“^[11] mit dem Ziel, direkt in den betroffenen Stadtteilen anzusetzen und justizielle Prozesse zu beschleunigen



und zu optimieren, bietet präventives und repressives Potential. Die Bündelung von Verfahren gegen individuelle Beschuldigte schafft die Voraussetzungen für eine umfassende Berücksichtigung der kriminellen Karriere des Beschuldigten sowie seiner Persönlichkeit und dient somit der Formulierung einer angemessenen Klageschrift.

7.6 Wissenschaft und Forschung

Da sich in der vergangenen Dekade die Größe der hier zu untersuchenden Population durch Zuwanderung und eine hohe Geburtenrate in den Familien stark erhöht hat und sich die Phänomenologie türkisch-arabischstämmiger TV erst in den vergangenen Jahren deutlicher ausgeprägte, andererseits das Thema bislang ausschließlich vor dem Hintergrund nichtstaatlicher Konfliktlösungsprozesse („Paralleljustiz“) wissenschaftlich untersucht worden ist, besteht in diesem Kontext ein Forschungsdefizit. Aktuell stehen keine für eine Lagedarstellung unmittelbar nutzbaren wissenschaftlichen Untersuchungen, z. B. über die Gruppengröße bestimmter türkisch-arabischstämmiger Familienverbände, zur Verfügung.

Eine langfristige und ganzheitliche Bekämpfung der „Clankriminalität“ muss auf einem validen Forschungsstand zu ethnologischen, soziologischen, kriminologischen und schließlich polizeiwissenschaftlichen Aspekten beruhen. Dies betrifft gleichermaßen Fragen der Prävention und des polizeilichen Handelns sowohl im Rahmen der Einsatzwahrnehmung im täglichen Dienst als auch der Kriminalitätsbekämpfung. Das LKA NRW prüft aktuell die Initiierung eines Forschungsprojektes zu einzelnen Ausprägun-

gen des Themas „Clankriminalität“ in seiner Kriminalistisch-Kriminologischen Forschungsstelle (KKF). Ähnliche Initiativen gibt es auch in anderen Forschungseinrichtungen der Polizeien des Bundes und der Länder. Es wird angeregt, diese Initiativen – wenn sachgerecht – zu bündeln. Die organisationsübergreifende Zusammenarbeit in einem gemeinsamen Forschungsprojekt eröffnet Möglichkeiten einer ganzheitlichen und überregionalen Betrachtung, erleichtert die Generierung von Forschungsmitteln und bietet schließlich Chancen für eine forschungsgestützte Bekämpfungspolitik. Dabei kann das aktuell vom Max-Planck Institut für ethnologische Forschung (Halle/Saale) durchgeführte Forschungsprojekt „Konfliktregulierung in Deutschlands pluraler Gesellschaft“, in welchem die Konfliktlösungsmechanismen u. a. im Milieu der Mhallamiye explizit untersucht werden, für die Strafverfolgungsbehörden als Basis für neue Erkenntnisse sowie als Ansatz für Handlungsalternativen dienen. ^[12]

8 Ausblick

Die im Rahmen des Projekts KEEAS gewonnenen Erkenntnisse weisen auf ein erhebliches kriminelles Potential und einen hohen Grad der Vernetzung von kriminellen Angehörigen türkisch-arabischstämmiger Großfamilien untereinander hin. Deutlich wird dies durch die deliktische Bandbreite teilweise schwerer Straftaten, die bewusste Ablehnung der Mehrheitsgesellschaft und ihrer sozialen Normen sowie das ausschließlich familienzentrierte Denken und Handeln der Clanmitglieder.

Die Polizei und die Justiz werden auch in Zukunft aufgrund des hohen Abschottungsgrades innerhalb der Familienclans, eines hohen Mobilisierungspotentials, der aufgrund hoher Geburtenrate weiter steigenden Zahl der Clanmitglieder und der Ablehnung deutscher Gesetze und Normen vor besondere Herausforderungen gestellt. Vom polizeilichen und justiziellen Handeln muss in diesem Zusammenhang ein eindeutiges Signal der Reaktions- und Steuerungsfähigkeit sowie der konsequenten Anwendung des geltenden Rechts ausgehen.

Nur so können Spielräume für clangesteuerte Einflussnahmen jedweder Art und in der Konsequenz parallel existierender Rechtssysteme vermieden werden, zumal aktuell weitere Ethnien (z. B. Iraker, Palästinenser, Syrer) zu ähnlichen Vorgehensweisen neigen und türkisch-arabischstämmigen Familienclans keine Beispiel- / Vorbildfunktion zukommen darf.

Als Ergebnis der hier vorgelegten Auswertung steht die Prognose, dass die aus ethnisch abgeschotteten Subkulturen heraus erwachsende Kriminalität zukünftig von zunehmender Relevanz für die polizeiliche Einsatzwahrnehmung und Kriminalitätsbekämpfung sein wird. Insofern wird das Thema „Clankriminalität“ seine aktuelle kriminalpolitische und gesellschaftspolitische Bedeutung auch in Zukunft nicht einbüßen.

Die hier vorgenommene exemplarische Betrachtung türkisch-arabischstämmiger „Clans“ steht dabei für Entwicklungen, die sich in der Zukunft sehr wahrscheinlich auch mit Blick auf andere abgeschottet lebende Subkulturen in NRW ausprägen werden.

Endnotenverzeichnis

- [1] Vorbehaltlich entgegenstehender Bestimmungen der Verschlusssachenanweisung NRW (VSA NRW).
- [2] Zur Erleichterung der Lesbarkeit wird das generische Maskulinum verwendet – die weibliche Form ist dabei immer eingeschlossen.
- [3] Hierunter ist die telefonisch Kontaktaufnahme von Clanmitgliedern bei Senioren zu verstehen, im Rahmen derer unter Vorspiegelung einer vermeintlichen Tätigkeit als Polizeibeamter die Angerufenen genötigt werden, Wertgegenstände oder Bargeld auszuhändigen.
- [4] Programm MaxQDA – Programm zur qualitativen Inhaltsanalyse.
- [5] Im Sinne der Verschlusssachenanweisung NRW (VSA NRW).
- [6] Sog. Hawala-Banking. Ein weltweit eingesetztes informelles Zahlungssystem, welches seine Wurzeln in der frühmittelalterlichen Handelsgesellschaft des Vorderen und Mittleren Orients hat. Mit dem Hawala-System kann Geld schnell, vertraulich und sehr kostengünstig transferiert werden. In Deutschland ist Hawala-Banking ohne Genehmigung und Kontrolle der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) strafbar.
- [7] Bericht „Zentrum für Interkulturelle Kompetenz der Justiz NRW“ (ZIK) v. 08.06.2018 (VS-NfD).
- [8] Als Beispiel sei auf das Forschungsprojekt „Paralleljustiz“ von Rohe/Jaraba (Universität Erlangen/Nürnberg) hingewiesen, welches im Jahre 2015 im Auftrag der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz Berlin durchgeführt worden ist.
- [9] Z.B. die Initiative „Kurve kriegen“ der Landesregierung NRW mit örtlicher Schwerpunktsetzung in derzeit 18 Kreispolizeibehörden.
- [10] Justizministerium des Landes Niedersachsen, Handreichung zum Umgang mit besonders belastenden Strafverfahren (VS-NfD).
- [11] Justizielles Projekt „Staatsanwälte vor Ort“ u.a. in Duisburg, seit Juni 2018.
- [12] Das Projekt wird durch das im Justizministerium NRW angesiedelte „Zentrum für interkulturelle Kommunikation“ (ZIK) unterstützt. Das ZIK ist u.a. damit beauftragt, ein Lagebild „Paralleljustiz“ zu erstellen.

Impressum

Projektleitung

Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen
Abteilung 1, Dezernat 14
Auswerte- und Analysestelle
Organisierter Kriminalität (AStOK)
Telefon +49 211 939 0
F33-Strukturanalyse2016.LKA@polizei.nrw.de

Herausgeber

Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen
Völklinger Straße 49
40221 Düsseldorf / Germany
www.lka.nrw.de

Konzept & Gestaltung Umschlag

Lars Möller
Telefon +49 176 480 80 400
lars@freier-artdirector.de

Druck

Richter Druck- und Mediacenter GmbH & Co. KG
Telefon +49 2747 92 14 0
info@richter-druck.de

Alle Rechte vorbehalten.
© LKA NRW, 2018

KEEAS

Kriminalitäts- und Einsatzbrennpunkte
geprägt durch ethnisch
abgeschottete Subkulturen

English Version 

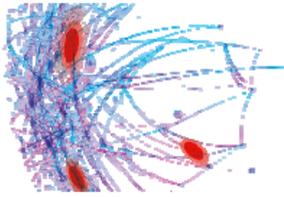
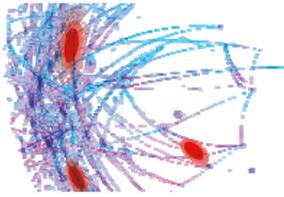


Table of Contents

1	Preliminary remarks	4
2	Background on the KEEAS Project	5
2.1	Origin	5
2.2	Project funding by the European Commission	5
2.3	Project partners	6
2.4	Aims	6
3	The phenomenon of “clan crime”	6
3.1	Definitional approach	6
3.2	General situation	7
3.3	Object of evaluation	8
3.3.1	Mhallami	8
3.3.2	“True” Lebanese	9
3.4	Challenges of a situation report	9
4	Measures within the framework of the KEEAS Project	10
4.1	Literature analysis	10
4.2	Focus group interviews	10
4.3	Investments in technology and IT infrastructure	11
4.4	Networking and exchange of information	11
4.5	Expert conferences	12
4.6	Forms of collaboration within the context of crime families / Initiation of control measures	12
4.7	Initiation of intelligence analyses criminal proceedings	13
4.8	Policy advice / Public relations	13
4.9	Research projects / Education and training	14
4.10	Conclusion	14

5	Project results / Situation report North Rhine-Westphalia	15
5.1	Geographical focus areas	15
5.2	Delinquency	16
5.3	Areas of overlap with other phenomena	17
5.3.1	Outlaw motorcycle gangs	17
5.3.2	Rap scene / Boxing scene	17
5.3.3	Media reception	17
5.3.4	Hookah lounge scene	17
5.3.5	Car tuning poseur scene / Speeding and boasting	18
5.4	Weaponry	18
5.5	Parallel justice / Arbitrators	18
5.6	Prevention	19
6	Recommended actions	20
7	Current trends and future challenges	20
7.1	Collaboration between criminal groupings and potential for conflict	20
7.2	Financial investigations	21
7.3	Establishment of valid databases	21
7.4	Uniform definition	22
7.5	Challenges for the judicial system	22
7.6	Science and research	22
8	Prospects	23



1 Preliminary remarks

The unified stance of members of Turkish-Arabic extended families in public and the delinquency attributed to them have – under the umbrella term “clan crime” – become a matter of public interest. The term encompasses both the public safety of the individual citizen and the concern about the emergence of segregated spaces and parallel societies. As a result, in addition to its relevance to the police work, the issue of Turkish-Arabic “clan crime” also has a political and social dimension.

This final report presents findings of the two-year-long research project “Ethnically Homogenous Subcultures as Key Areas of Crime and Police Operation (KEEAS)” of the State Office of Criminal Investigation of North Rhine-Westphalia (LKA NRW).

The aim of this document is to provide an overview of the knowledge gained within the framework of the project on a national and international level, to the extent to which they may be made publicly available.^[1] Based on this and against the backdrop of the problem areas identified, areas of potential police influence have been established and recommendations for countermeasures and police actions have been developed.

As the publisher of this document, the State Office of Criminal Investigation of North Rhine-Westphalia is responsible for the final report. As the co-financer, the European Commission is not liable for the content nor the further use of the information included in this document. The KEEAS name and logo are adaptations of the full (German) project title “Kriminalitäts- und Einsatzbrennpunkte geprägt durch ethnisch abgeschottete Subkulturen”

2 Background on the KEEAS Project

2.1 Origin

In spring 2016 the Ministry of the Interior of North Rhine-Westphalia commissioned the State Office of Criminal Investigation to conduct an interdisciplinary structural analysis of Ethnically Homogenous Subcultures as Key Areas of Crime and Police Operation (KEEAS)”. This analysis was carried out by a task force of Department 14 “Organised Crime intelligence Units” (AStOK) and completed at the end of October 2018.

The members of the task force investigated the actions relevant to police work and, more notably, the delinquency of criminal members of extended families of Turkish-Arabian descent. Prior to the launch of Project KEEAS, the focus of the investigation is – in consultation with the Ministry of the Interior and against the background of operational experience and crime rates – placed on criminal members of extended families of Turkish-Arabian origin with migratory background in Lebanon.

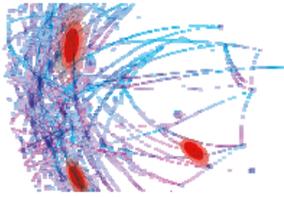
The migratory history of these groups and their life situation in Germany are complex, hard to ascertain in detail, and characterised by various interrelated effects. The term “clan” as a synonym for an ethnic or family structure with mutual commitments or obligations, as well as the term “clan crime” often employed in this context are inevitably generalising and insufficient for a detailed identification and evaluation on an ad hoc basis, which would require further investigation and substantiation.

Notwithstanding, in order to reduce the complexity and to facilitate comprehension, the groups of persons in question shall be referred to Turkish-Arabic people who have attained particular relevance to police work through a specific pattern of criminal and regulatory offences. The approach taken here indicates the stringent necessity to – with the involvement of science and research – further investigate the issue of “clan crime” in regard to its substantial and definitional limitations even beyond the term of Project KEEAS.

2.2 Project funding by the European Commission

In consultation with the Ministry of the Interior, Project KEEAS applied for subsidy out of the Internal Security Funds of the EU Fund Administration. The State Office of Criminal Investigations received approval on October 17, 2016. The funds granted by the European Commission were primarily spent on the partial financing of project-related personnel expenses, as well as on the procurement of technical equipment facilitating police operations and crime control in North Rhine-Westphalia. Additionally, the funds were disbursed to ensure precise evaluations and to hold meetings and conferences.

All project initiatives aimed at optimising police work on high-crime-density areas in North Rhine-Westphalia.



2.3 Project partners

The Federal Criminal Police Office (BKA), the Customs Criminal Investigation Office (ZKA), the Federal Police (BPol) and the State Offices of Criminal Investigation of Lower Saxony and Bremen were contractual project partners. The State Office of Criminal Investigation of Berlin assisted the project in advisory capacity. Additional expert opinions were contributed by specialists from cities and municipalities particularly affected by “clan crime” committed by members of extended families of Turkish-Arabian origin. Aside from that, the close collaboration with judicial authorities as well as with scientists and researchers proved to be fruitful. The European police authority Europol also shared information and data pools from other European countries, most notably Sweden and Denmark.

2.4 Aims

With Project KEEAS, the State Office of Criminal Investigation of North Rhine-Westphalia

seeks to expand the focus on family clans, set by Department 14 (AStOK) in 2008, and to further analyse the phenomenon and the interconnectedness of members of extended families of Turkish-Arabian origin, both for the daily police work and for crime control in general.

Primary objectives of Project KEEAS are:

- Ascertaining the level of crime and the caseload generated by members of Turkish-Arabian family associations
- Evaluating and addressing the security situation, insofar as matters of internal security are ostensibly affected
- Initiating operational intelligence analyses and criminal proceedings in the context of “clan crime” on the state, federal and international level
- Drafting recommended actions for the police work on crime hotspots related to the phenomenon.

3 The phenomenon of “clan crime”

3.1 Definitional approach

The term “clan crime” has not been conclusively defined among police forces. Neither on the federal nor the state level has a common understanding been reached of what criteria constitute a “clan”, from which point on a

group may be classified as a “clan”, or which circumstances are to be subsumed under “clan crime”.

A “clan” may comprise various groupings characterised by ethnically homogenous systems and isolated structures, at times reduced to family affiliation. “Clan crime” is characterised by members of ethnically homogenous family

structures forming a strictly hierarchical delinquent subculture of their own rejecting government structures, the legal system and social values.

Its essential criteria are:

- “Clan” affiliation only through family ties (the family as a criminal community of solidarity)
- Segmental, hierarchical (mostly patriarchal) structure based on common ancestry
- Rejection of the German legal system and unwillingness to cooperate with state authorities or government agencies, including the obstruction and intimidation of said government bodies
- Ideological legitimization of criminal activities (depreciation of victims, hostility towards one’s environment) as a sign of strength
- Establishment of “parallel justice” for settling internal differences by means of internal sanctions and repression (particularly by assigning arbitrators)
- Mandatory marriage within the family or one’s own ethnic group to increase one’s power
- Externally communicated pursuit of power and profit, also by appropriating public spaces.

For the work within Project KEEAS a definition of “clan crime” developed by the State Office of Criminal Investigation was used as a basis for the necessary attribution:

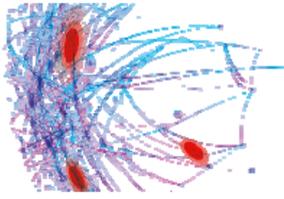
“The term ‘clan crime’ comprises the commission of offences by a number of individuals in the pursuit of profit and power, with

- the common family or ethnic descent as a unifying element conducive to the commission of the offence or obstructive to its solving,
- the commission of the offence being characterised by a rejection of the German legal system or social values, and
- the individual or combined offences being considerably important.”

The scope of the term “clan” has been narrowed within the context of Project KEEAS to only include criminal clan structures whose operational framework expresses itself in the offensive and high-profile encroachment on regional or criminal spaces. Against the backdrop of current police intelligence, the narrowed definition of “clan crime” results in an exclusive focus on extended families of Turkish-Arabian descent whose members are affiliated with the ethnic group of Mhallami or are of Lebanese descent.

3.2 General situation

In some cities in North Rhine-Westphalia, police and local authorities have observed that members of Turkish-Arabic extended families have – at times in larger groups – increasingly been intimidating the general public through aggressive disruptive or criminal behaviour and have apparently been claiming certain regional spaces for themselves. Local forces report open hostility, a high level of immediate ag-



gression, blatant disrespect, and escalation of violence, often with the aims of disrupting or preventing police operations or administrative measures. Particularly noteworthy are verbal abuse, coercion, battery, and other violent offences. Several incidents of assault on police officers, but also on operatives of other regulatory authorities or emergency services, have been reported. In the context of these operations, the offenders tend to resist communicative or deescalating attempts made by the police.

Aside from their significance for police operations such as patrol duty, members of clan families are often involved in criminal activities and even organised crime. Particularly noteworthy in this context are violent offences and brutality, but also property and drug offences. In addition, crimes against senior citizens (so-called Caller ID spoofing)^[2], fraudulent conduct within the service industry (key services, car rental services, and unauthorised money transfers as well as money laundering) have been increasing.

The ethnic homogeneity is of particular importance in the context of committing criminal offences. A shared family background and family ties are characteristic of the structural integrity of these family associations. Involving family members in the commission of criminal offences creates the conditions for effective isolation, intensified by a deliberately different linguistic and cultural way of life. The tight family bond facilitates the genesis of parallel societies and subcultures with an exaggerated sense of honour and formal decision-making and sanction mechanisms of their own, including a sense of trust that does not extend beyond the family, a xenophobic dissociation from other ethnic groups or family associa-

tions, and the willingness to violently pursue family interests. Particularly for non-integrated adolescents with a low level of education, delinquency provides a stepping-stone to establish oneself within the ethnic group and to obtain material status symbols.

Clan members tend to refuse to give statements to or otherwise cooperate with the police, and often demonstrate a rejection of state interventions. Instead, they opt for further isolation and conflict resolution within the ethnic group – eventually leading to the formation of non-governmental judicial systems.

3.3 Object of evaluation

Against the backdrop of current police intelligence, the narrowed definition of “clan crime” results in an exclusive focus on extended families of Turkish-Arabian descent whose members are affiliated with the ethnic group of Mhallami or are of Lebanese descent.

3.3.1 Mhallami

The Mhallami, who in Germany live predominantly within clan structures, and the so-called “persons with undetermined nationality from Lebanon” originate from East Anatolia (the border region between Turkey, Syria and Lebanon).

Mhallami immigration from Turkey to Lebanon began in the 1920s due to religious and social oppression. Up until the late 1940s, up to 100,000 Mhallami emigrated and settled in Lebanon, mostly under precarious circumstances and within tribal structures. While some tribes were naturalised, other remained

stateless in Lebanon. The subsequent Mhallami migration to Western Europe in the 1980s is attributable to the outbreak of the Lebanon War in 1982 and to continued fighting.

Upon entering the German federal territory, refugees from Lebanon often declared their wish to apply for asylum while keeping their Turkish citizenship secret, partly due to Turkish citizens not being recognised as eligible for asylum nor falling under the hardship provision in the 1990s. Having been declared “persons with undetermined nationality” due to missing identification documents, they settled in Berlin, Bremen, Lower Saxony and North Rhine-Westphalia using “false” Arabic names. Due to a continuing lack of cooperation on their part, it was only a few years ago that their (part-) Turkish citizenship was officially determined. As a result, many clan families have both Arabic as well as Turkish family names.

Upon confirmation of Turkish citizenship, the prerequisites for remaining in Germany are no longer fulfilled. As a consequence, a large part of these individuals have been requested to leave Germany. Deportation, however, could not have been carried out so far due to lack of cooperation of the persons concerned on registration and passport replacement procurement. In fact, a large number of persons live in a state of repeated renewals of suspension of deportation, particularly the second and third generation of this - due to high birth rates – rapidly growing ethnic group.

3.3.2 “True” Lebanese

Aside from the abovementioned Mhallami, individuals who used to live in Lebanon and

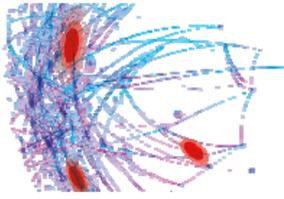
migrated to Germany in the 1980s as refugees of the Lebanese War (“True” Lebanese) form the second group considered here.

Both groups (Mhallami and “True” Lebanese) show striking parallels in their respective migratory backgrounds (Lebanon) and their significance to police work and crime control, with particular emphasis on the individual identification mostly based on family or ethnic affiliation. Accordingly, both ethnic groups may be analysed alongside each other.

3.4 Challenges of a situation report

The identification of persons of Turkish-Arabian descent who, as clan members, are either affiliated with the Mhallami group or of Lebanese origin results in complex investigation and delimitation problems and requires a certain tolerance of a lack of conceptual clarity. Citizenship alone cannot be considered a sufficient descriptive criterion, as the members of clan families considered here have different nationalities or are considered stateless or of undetermined nationality. In many cases even German citizenship has been granted. In addition to that, several family clan members use their Turkish names along with their Lebanese ones. Also, despite close family ties, various spellings of individual family names exist, which complicates the identification of a particular group of persons.

Ethnic criteria are not usually considered central to the work of local authorities (registration offices). The evaluation of the project has given the impression that standard procedures



in the administrative work of registration or immigration authorities do not exist, regularly resulting in untraceable personal data.

In light of the abovementioned limitations, investigations on the basis of family names play a major role in issuing a situation report on “clan crime”. This approach yields the highest validity, as corroborated by the experience of police officers in other countries. Project

KEEAS aimed exclusively at identifying regional foci and phenomenological insight. Focusing on the family name provided new avenues for gathering police intelligence on “clan crime”. The name-based investigations are by no means intended to ascribe a criminal stigma to members of clan families in general.

4 Measures within the framework of the KEEAS Project

During the project term, a variety of measures were implemented that will mainly take effect after Project KEEAS has ended:

4.1 Literature analysis

In collaboration with research assistants, the current state of research in Europe on Mhallami and other Lebanese family associations was analysed and aggregated in regard to ethnological, historical and micro-sociological criteria. Wherever possible – considering the often fragmentary research on “clan crime” – criminological aspects were taken into account.

The final report on the literature analysis was primarily used for the further development of preventive measures, as well as for the implementation of research projects.

4.2 Focus group interviews

In collaboration with moderators external to the project, four expert workshops/focus group interviews with ten to twelve participants each were conducted. Police officers with extensive first-hand experience from daily police work, prevention and control of common crime, and from the fight against organised crime were – each in a different workshop – asked to share their respective experiences with and their assessments of “clan crime” and to give recommendations and further guidance for the police work.

In a fourth workshop, members of the judicial systems (judges and prosecutors) were asked to share their expertise and to offer recommendations concerning the criminal proceedings and main hearings related to the matter.

The interviews were transcribed and analysed by means of a programme for qualitative con-

tent analysis.^[3] The results proved conducive to determining areas of police activity, to assessing technical needs, and to issuing recommendations for action (the latter primarily with regard to police operations and crime control, but also with a view to potential preventive and training measures.

4.3 Investments in technology and IT infrastructure

The financial means obtained from the Internal Security Funds (ISF) allowed for the procurement of technical equipment facilitating crime control within the framework of Project KEEAS and police operations in general, particularly with regard to the protection of police officers intervening in incidents. The technical equipment was partly made available to the project partners. Subject to the conditions for funding, a long-term use of the equipment can be ensured.

The same applies to the improvements made to the already existing IT infrastructure of the North Rhine-Westphalia police, which were also financed through means of the funds, and which were implemented in consultation with the State Office for Central Police Services (LZPD) in accordance with state standards. The sustainable use of these investments, primarily aimed at facilitating police evaluations and procedures, is equally ensured.

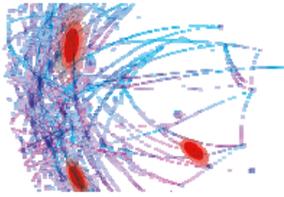
A monitoring process makes the exchange of information of Project KEEAS through the newly procured technical equipment and the IT infrastructure possible – even beyond the project term.

4.4 Networking and exchange of information

The further expansion of a network of safety authorities with the aim of enhancing the exchange of information on “clan crime” was a key priority of Project KEEAS. Collaborations within North Rhine-Westphalia that had already existed prior to the project were extended to the federal level and beyond.

The EU-wide exchange of information – particularly with the project partners, other state and federal police forces, the police authorities in Sweden and Denmark, and with Europol has proven to be effective in uncovering the international ties of criminal members of clan families, in identifying key figures and organisations, predicting potential developments, ensuring an optimal situation description, and in gathering evidence for the implementation of evaluation projects and investigation procedures. The information already available to the police authorities or (electronically) supplemented, as well as the conceptual and structural expertise of the project members, part of whom had already been involved in the investigation of crimes committed by members of ethnically homogenous subcultures, served as the basis for the exchange of intelligence.

In compliance with legal conditions, the information gathered in this manner was entered into the technical systems in order to provide an updateable database for the long-term control of “clan crime”.



4.5 Expert conferences

Between 2016 and 2018 three conferences on “clan crime” were held, initiated and hosted by Project KEEAS.

At the first congress (held on November 30, 2016), senior law enforcement officials in North Rhine-Westphalia were informed about Project KEEAS and its objectives. Situation descriptions on a state and federal level, reports on police operations and investigation procedures, and even notes on ethnological and historical aspects were discussed with the aim of sensitising mainly police officers to the topic of “clan crime” and the initiatives to come.

The second KEEAS conference (held on November 20, 2017) aimed at providing information on courses of action to combat “clan crime” both on a police operational and on a municipal level. In addition to that, participants were given the opportunity to share their experiences from a law enforcement, municipal or judicial perspective and to discuss strategic concepts and measures at a workshop.

The final conference of Project KEEAS (held on September 24, 2018) was devoted to informing responsible officials from the Ministry of the Interior and the Ministry of Justice as well as representatives from law enforcement about the initiatives and findings resulting from the work within Project KEEAS during the last two years. The conference gave German and foreign law enforcement experts, officials of local authorities, scientists and media representatives the opportunity to share their particular perspective on “clan crime”, thus laying the foundation for a publicly noticeable reaction of administrative and security authorities to a major issue of criminal policy. Moreover,

potential future collaborations in North Rhine-Westphalia on the issue of “clan crime” were introduced.

4.6 Forms of collaboration within the context of crime families / Initiation of control measures

Along with other establishments/venues typical of the milieu (service providers, kiosks), hookah lounges in particular may provide hideaways for criminals affiliated with clan structures. The increasing number of such (in part) licence-free businesses on some streets or in certain neighbourhoods within several municipalities in North Rhine-Westphalia as well as the potential emergence of segregated spaces related thereto necessitate controlling the milieu. In meetings and through other means of information exchange, the insights and experiences gained within the framework of Project KEEAS were used to make police and municipal authorities in North Rhine-Westphalia, but also tax investigation and customs departments aware of the particular importance of “clan crime” control and its effects on the gastronomic scene of the federal state.

As of July 2018, the state government of North Rhine-Westphalia has increased the investigative pressure on the criminal scene. The insights and local concepts accumulated through Project KEEAS at the State Office of Criminal Investigation and several other police departments helped identify criminogenic localities and networks.

Various forms of cooperation and operational concepts exist on a regional level, which serve

as a basis for the intensification of the fight against “clan crime” and the development of preventive measures by police authorities – often in collaboration with other actors (local authorities, customs offices, non-statutory welfare providers). The expert knowledge of launching and sustaining such forms of cooperation originates in part from intelligence and assessments gathered within the framework of Project KEEAS. Further details on developed actions plans will be revealed on a later date.

A meta-analysis of the concepts predating Project KEEAS and those developed as part of the project resulted in the drafting of best practices made available to authorities and administrative bodies in North Rhine-Westphalia and to the project partners through meetings and conferences, but also through other means of information exchange (intranet, training courses).

4.7 Initiation of evaluation projects and investigation procedures

One of the activities responsible for the success of Project KEEAS was the intensification of the collaboration and information exchange on both the national and international level with the aim of launching evaluation projects and investigation procedures.

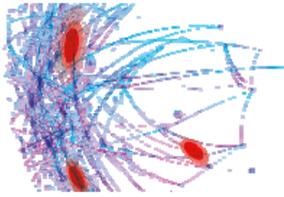
During the project term, all operational analyses and criminal proceedings initiated in reaction to evidence pointing to criminal groupings or to initial suspicion of a criminal offence

were supported with intelligence gathered within the framework of Project KEEAS.

On the initiative of Project KEEAS and its project partners of other German states, the Federal Police, the customs authority, and the Federal Criminal Police Office, collective priorities on the federal level were decided on. By a resolution of the 38th meeting of the “Commission for Organised Crime” (KOK), North Rhine-Westphalia has been appointed head of a working group with representatives of the Federal Criminal Police Office and the State Offices of Criminal Investigation of Berlin, Bremen and Lower Saxony – to draft a proposal for the further handling of “clan crime” on the federal level. The results of this working group were subject of a referral by the 39th meeting of the KOK on 17-18 October 2018 to decide on a nationwide prioritisation or project development.

4.8 Policy advice / Public relations

The fight against “clan crime” is a prominent issue relevant to both criminal policy and the media. Its impact has grown during the course of the project, due to the development of the crime situation as well as the initiatives launched as part of Project KEEAS. The focus of criminal policy on “clan crime” has been formalised in the coalition agreement of North Rhine-Westphalia 2017-2022. The State Office of Criminal Investigation has been commissioned to give an overview of the fight against “clan crime”. At the same time, the state government has expanded the operational measures of local police authorities (with a focus on the Ruhr district).



The initiatives are not limited to repressive and preventive measures, but also aims at informing the public about a topical phenomenon of criminal policy. The dialogue with the public is intended to continue in the long term and will ensure the participation of the public sphere in shaping the security policy in North Rhine-Westphalia, e.g. within the framework of the “Ruhrkonferenz 2018/2019”.

The issue of “clan crime” was also the subject of management and expert conferences organised by the Ministry of the Interior, where aspects of crime control, police operations in general and traffic monitoring were addressed. At the same time, members of Project KEEAS worked with policymakers and media representatives in an advisory capacity.

In conclusion, the initiatives launched as part of Project KEEAS met with a significant public response and have put the importance and the extend of “clan crime” into the public focus.

4.9 Research projects / Education and training

The insights into the research situation on clan families gained from the analysis of the pertinent literature formed the basis for an ongoing dialogue with ethnological, sociological or criminological research institutes in Germany. The discussion revolved around the question to what extent the information gathered through Project KEEAS may benefit research projects in the future. This involves, among others, the question of how the judicial system may address the issue of “clan crime” in the future, e.g. in regard to the potential emergence of parallel judicial structures.

Project members were also involved in the development and enhancement of existing training programmes of the police forces in North Rhine-Westphalia.

4.10 Conclusion

The various initiatives emerging from Project KEEAS resulted in a substantially more comprehensive knowledge of “clan crime” and an increase in police competences with regard to police operations and crime control.

The multilayered initiatives outlined here have provided an overview of police concepts regarding the fight against “clan crime” in North Rhine-Westphalia and raised awareness of the phenomenology and the danger posed by offenders among police officers – and thus finally strengthened capabilities and competences of police to combat “clan crime” and to execute police operations.

Based on this knowledge, recommendations with respect to best practices of repressive and preventive police actions have been developed. Furthermore, the insight gained by regional police authorities through the project organisation and Project KEEAS itself forms a strong basis for the decision-making practice of criminal policy in North Rhine-Westphalia. The current focus on “clan crime” in the state is closely related to the initiatives arising from Project KEEAS.

5 Project results / Situation report North Rhine-Westphalia

The primary objective of the project was the identification and definition of existing crime hotspots in North Rhine-Westphalia. In addition to that, further insight into ethnically homogenous subcultures was to be gained throughout Germany. In the following, an overview of the current situation will be given only to the extent that no confidential or classified information (restricted to police-internal use) will be divulged.^[4] No persons shall be named, nor shall any specifics with respect to the description of operative tactics or police strategies be included in this public document.

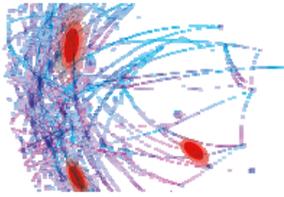
5.1 Geographical focus areas

The settlement of Turkish-Arabic clan families in North Rhine-Westphalia is only partly traceable. Some families have between 250 and 1,000 members. With sometimes ten or more children, the individual families can be considered exceptionally large, not only by European standards. Affordable housing and family reunification have led to a concentration of larger family associations within the Ruhr district in the last 30 years, whose residential areas often coincide with local crime hotspots. The exchange of information with local police authorities has revealed a regional concentration particularly in the independent cities of Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen and Recklinghausen as well as in several neighbouring districts.

The analysis of police data pointed to settlements of clan families in less densely populated areas with relatively low cost of living (notably rent), e.g. the districts of Borken, Coesfeld, Düren and Mettmann. As the legal status of many clan members does not permit them to hold a job, the pull factors of the labour market tend to carry less weight in the choice of residence than, for instance, affordable housing or the proximity to other members of the same family or ethnic group.

Within the conurbations the families tend to live close to one another and to maintain regular contact with family members in Lebanon, Turkey, Syria or other countries. Due to the mobility of their members and the tendency to marry within one's ethnic group, clan families often run an international network of members capable of acting dynamically even (and increasingly) beyond North Rhine-Westphalia (nationwide and internationally). These circumstances form the basis for criminal activities, with a safe framework for planning and committing criminal offences and the possibility to secure stolen goods within the family. Therefore, the central role of the clan members' family ties in the context of their criminal activities necessitates police investigations based on family affiliation.

Outside of North Rhine-Westphalia, members of Turkish-Arabic clan structures tend to engage in criminal activity in the federal states of Berlin, Bremen and Lower Saxony. Combating clan-based crime is an integral part of the fight



against organised crime in these states as well. Throughout Europe the distribution of clan members can be traced back to the diaspora of the Lebanese civil-war refugees and the concomitant family reunifications; their representation within EU countries varies depending on the clan. Aside from Germany Sweden and Denmark show a high concentration of clan families.

5.2 Delinquency

Investigation procedures in North Rhine-Westphalia with suspects affiliated with Turkish-Arabic family clans show a high rate of drug-related offences (mainly illegal import and trafficking of cocaine, receiving, fraud, and document forgery) within the field of organised crime. Relating to general crime, clan members are frequently involved in violent offences (e.g. grievous bodily harm, wilful assault, intimidation, civil disorder, and verbal abuse). In many cases altercations arise from territorial conflicts between opposing groups (other clan families or, in one case, a motorcycle gang) and revolve around criminal markets or family-internal matters (e.g. violation of honour). They often involve the use of edged, pointed or trauma weapons, as well as – albeit rarely – firearms).

Apart from this, members of Turkish-Arabic clan families frequently engage in the booming phenomenon of Caller ID spoofing. This involves fraudulent call centres (mainly in Turkey), from which (predominantly German) senior citizens are called using a false caller ID with the aim of coercing the receiver of the call into making payments under some pretext.

Another manifestation of clan-related criminal activity involves the motor trade. Benefitting from the purportedly legal framework, delinquents exploit the logistic infrastructure for drug trafficking and alternative, non-regulated forms of money transfer^[5], as well as for any other conceivable criminal activity through the provision of motor vehicles. The clan milieu's particular affinity towards (tuned) motorised vehicles has become apparent by their use of public space for "car posing" and offences related thereto (car races on public roads, modification of the performance or appearance of vehicles).

In the past, criminal proceedings on account of usury in connection with key services have repeatedly been initiated against members of clan families.

From a police operational point of view, international money laundering activities in connection with unauthorised cash transactions⁶ should also be mentioned. Along with the abovementioned activities within the motor trade industry, they constitute a criminal activity in the form of "crime as a service".

In the last years, several customs investigation offices – especially in North Rhine-Westphalia and Lower Saxony – have initiated proceedings (mostly against Mhallami) on account of illegal import and trafficking of untaxed cigarettes and, most notably, water pipe tobacco. The hookah lounge scene is largely controlled by persons with clan family affiliations. In addition to that, customs authorities frequently investigate this group of delinquents in connection with contraband and illegal trade of pharmaceuticals and counterfeit products.

5.3 Areas of overlap with other phenomena

5.3.1 Outlaw motorcycle gangs

Turkish-Arabic groups and pertinent individuals have been found to have ties to outlaw motorcycle gangs. In North Rhine-Westphalia, connections to traditional groups (Hells Angels, Bandidos) as well as to other biker-like groups have been uncovered. It has been ascertained that the infiltration of the charters and chapters by Turkish-Arabic clan members has been the subject of discussion on the executive level of the outlaw motorcycle gangs in Germany.

5.3.2 Rap scene / Boxing scene

Through the aggressive use of social media, the rap scene and its affiliated subculture have been gaining importance in the context of criminal activities engaged in by members of extended families of Turkish-Arabian origin, who often regard the scene as a stepping-stone to public awareness.

The rap scene – at least in its manifestation as gangster rap – features a blending of legal and illegal activities; the commercialisation of “in-house” rappers and labels has significant economic potential. Actual or staged conflicts within the scene are argued out and exacerbated on social media and frequently form the basis for violent confrontations. The aggressive communication of the rap scene attracts members of families of Turkish-Arabian origin and facilitates the start of a criminal career.

An ethnically largely homogenous boxing scene is emerging, where individual clan members’ sporting ambitions collide with a social environment in which criminal activities are discussed. Moreover, matches and competitions offer a stage for flaunting hierarchies and spheres of influence among the “clans”. Police evaluations have uncovered connections between the boxing scene and circles affiliated with organised crime.

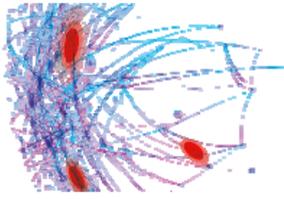
5.3.3 Media reception

Criminal activities of clan members are often related to some form of public interaction – e.g. self-presentation in public or on social (Facebook, Twitter, Instagram) or traditional media (newspapers, TV). No data exists on the extent to which the treatment of “clan crime” in, for instance, TV shows (“Four Blocks”) or news coverage fosters the self-chosen nimbus of clan members and, in doing so, gives an incentive for adolescents to engage within criminal clan structures.

5.3.4 Hookah lounge scene

In the context of concomitant phenomena of “clan crime” the hookah lounge scene, becoming increasingly popular throughout nearly every community in North Rhine-Westphalia and providing criminal clan members with communicative spaces and hideaways, deserves particular attention. In addition, these localities frequently function as offices for arbitrators.

Hookah lounges form part of an emerging youth culture, but also serve as meeting points



for subcultural or criminal elements and therefore constitute a potential hub of logistic and social contacts and information procurement. Especially in the Ruhr district, hookah lounges are often opened by members of Turkish-Arabian clan families through strawpersons.

Findings shared by customs authorities and by police authorities investigating the hookah lounge scene against the backdrop of local concepts within an administrative framework confirm the importance of the milieu in the context of criminal activities. The sale of un-taxed, illegally imported water pipe tobacco is common practice at hookah lounges, as shown by confiscation and complaint numbers at customs authorities.

The waterpipes at hookah lounges have also frequently proven to be a source of health risks, as the processes of vaporisation and smoking may – in combination with structural defects such as lack of ventilation – result in an overexposure of customers and staff to carbon monoxide. The increasing number of carbon monoxide poisonings in connection with hookah smoking corroborates the hazardous potential of hookah lounges.

5.3.5 Car tuning poseur scene / Speeding and boasting

Members of Turkish-Arabian “clans” tend to publicly pose with tuned motorised vehicles and to present themselves accordingly on social media. This demeanour demonstrates the clan members’ wealth and status attained and their rejection of the legal system. Flaunting material status symbols (cars, jewellery, cloth-

ing) is associated with “power” and “strength” within the clan community.

5.4 Weaponry

Altercations and armed conflicts (involving the use of edged, pointed or trauma weapons) between individual families and groups of the clan milieu have been repeatedly reported. Considering the historical and cultural background of the groups involved, armed conflicts concerning territorial claims or violation of honour are to be expected. The intelligence gathered throughout the project points to contacts of individual clan members in the illegal arms trade milieu. The unstable political situation in parts of Turkey and in Syria and the concomitant high availability of firearms (including military-grade weapons) further increase the risk potential. Conflicts revolving around the use of firearms have been reported primarily in Sweden.

5.5 Parallel justice / Arbitrators

“Parallel justice” describes a form of inadmissible dispute settlement outside the legal system. It is practised in secret and reflects a foreign value system.^[6] Employing alternative forms of conflict resolution is commonly not due to unlawful convictions but to cultural practices in the different countries of origin of the people in question. Clan members tend to consider conflicts as an internal matter best resolved without government intervention. Additionally, a lack of trust and the resulting withholding of information from the constitutional state provide further justification of internal dispute settlement. The clan families’

experiences in their respective home countries causes them to perceive government bodies as instruments of repression. They are often unfamiliar with the principles of German law, which is also considered lacking sanctions and “weak”.

Scientific research – such as the investigations conducted within the framework of Project KEEAS – has yet to yield reliable numbers on the magnitude of parallel judicial systems.^[7] Berlin, Bremen and Essen are particularly affected. In light of their insufficient integration and their uncertain resident status, many Lebanese and Mhallami view extrajudicial dispute settlement as an opportunity to avoid the public and, in consequence, deportation. The rejection of state institutions and the governmental prerogative to impose sanctions in favour of individual rules and unwritten laws presents itself as problematic from a constitutional perspective, particularly with regard to family and inheritance law.

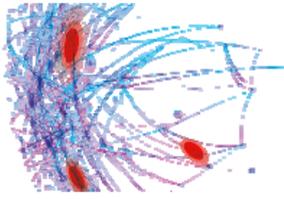
The establishment of non-governmental dispute settlement mechanisms (especially in regard to violations of honour or the pursuit of family interests within or outside the family) with their own individual sanctions has become evident in North Rhine-Westphalia. Within the “Lebanese” scene, the patriarch or clan eldest often exercises the function of an arbitrator, which includes the responsibility to resolve family-specific issues in connection with criminal activity (such as territorial questions, e.g. in the drug trafficking scene). It is yet to be determined whether these authorities hold quasi-judicial responsibilities (in which case their function would exceed the responsibilities of a mediator).

5.6 Prevention

The typical behaviour of clan members of Turkish-Arabian descent involves the desire to publicly flaunt one’s claim to supremacy, holding the belief that judicial or legal measures will prove ineffective at hindering their criminal expansionism. A behavioural shift within clan families may be achieved through quick and resolute reactions to infringements (including the freezing of assets) in tandem with intensive efforts at integrating the following generation.

This approach is taken by several initiatives for crime prevention in North Rhine-Westphalia^[8], which are aimed at offering at-risk children and youths in various cities alternatives to a life of crime. Through outreach work pedagogical experts attempt to identify the individual causes for taking up a criminal career. In consideration of integrative approaches (e.g. suggestions offered by the youth welfare office), they are also responsible for networking and developing individual measures for preventing crime for the people concerned as well as their families.

Similar initiatives exist in other countries (e.g. Denmark and Sweden). A visit of a Danish police station at a focal point of criminal activity (Vollsmose/Odense) provided insights into the workings of a successful prevention model. In Vollsmose/Odense police and social workers form an organisational unit, combining governmental “soft” and “hard” power to detect signs of positive behaviour and willingness to quit the scene in clan members. Through a zero tolerance policy, they also send the signal to the non-criminal population of the “ghetto” that their neighbourhood is to be made safe and liveable. This form of “dialogue-based”



project relies heavily on the operatives' familiarity with individual members of clan families. This information enables the police and social workers to break up supporting gang structures and to offer individual clan members a way out of their criminal lives.

Expert interviews conducted within the framework of Project KEEAS have shown that repressive actions against notoriously criminal clan members yield only little success in terms of crime prevention. Only measures terminat-

ing a residence are likely to achieve results with regard to exhaustive prevention. In light of many clan members' resident status, their unwillingness to cooperate and foreign policy issues that further complicate deportation, residence-terminating measures (especially involving deportation to Lebanon) are currently not being taken.

6 Recommended actions

The exchange of information within Project KEEAS about effective conceptual measures against the complex issues revolving around Turkish-Arabian family clans has shown that police initiatives and a zero tolerance policy alone do not suffice to substantially reduce organised "clan crime". Clan members willing to quit the scene must be given incentives,

which requires the joint effort of various actors. The recommended actions developed to facilitate police operations contain tactic means and behavioural rules and must therefore have to be treated as confidential. For this reason they cannot be included in a published final report and are therefore part of a supplement made available to police officials.

7 Current trends and future challenges

7.1 Collaboration between criminal groupings and potential for conflict

Certain overlaps and collaborations between members of Turkish-Arabian family clans and the motorcycle club scene can be observed. Family clans have also been known to associate with Albanian organisations. The forming

of an increasingly poly-criminal collaborative network including other criminal organisations and transcending ethnic groups is highly likely in the foreseeable future. Territorial disputes over criminal markets, possibly entailing violent actions in public, are to be expected.

Initial reports from other federal states, but also from abroad, point to growing conflicts with criminal members of Iraqi, Palestinian and Syrian family associations in Germany – partly

in light of the current migratory trend. Due to the continuously high profit potential (particularly of illegal drug trafficking), territorial or distribution conflicts between Turkish-Arabian family clans and the emerging Arab organisations are to be expected. The potential of conflicts revolving around the religious orientation of the groups in question cannot be fully assessed at this point but appears to be high.

7.2 Financial investigations

Analyses performed by Organised Crime Units in North Rhine-Westphalia indicate a significant economic potential of individual persons and family associations, which manifests itself in the purchase of expensive motorised vehicles and/or real estate and a flaunting of financial assets on social media. As of yet, there has been no conclusive analysis of the subsequent use of the real estate purchased.

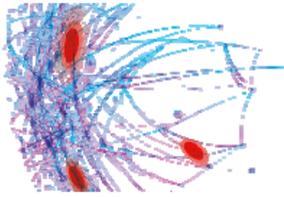
In this context, financial investigations with the help of the databases of local authorities (e.g. land registries) have proven to be an effective tool for the fight against crime.

The rap scene presents another economic factor and contributes to the public debate on emerging cultural influences in the music industry. Legal activities blend with illegal ones on a public level, which holds the potential for money laundering and tax offences, but also for measures of integration and prevention. Financial investigations may help reveal facts pertaining to tax issues in this regard, too.

7.3 Establishment of valid databases

As already mentioned, the family structure and the affiliation with one's ethnic group are central to the criminal clan members' self-perception and their modus operandi in the commission of crime (see 3.1). Knowledge of family structures and ties extending beyond clans are essential for an effective police response to this phenomenon, particularly for intelligence work and the initiation and conduct of criminal proceedings. The necessary profiling based on common ethnicity and family affiliation will inevitably face the criticism of being based on group membership rather than well-founded suspicion. Project KEEAS has yet to determine a promising alternative for gathering intelligence on interconnections and responsibilities to the investigation of family structures.

Supranational, technology-based research plays a vital role in investigations of the scene, bringing with it higher demands on the interoperability of databases in the future. This concerns the police-internal exchange of data on the state and federal level, but also the collaboration with other authorities and organisations, and further demonstrates – at least according to police analysts and investigators – the need for a common platform for sharing intelligence. Concerns with regard to data protection and data security are justified but cannot belie the fact that a higher degree of data compatibility with the aim of mutual exchange is fundamental to the successful fight against “clan crime”.



7.4 Uniform definition

Another challenge lies in reaching a single definition of the terms “clan” and “clan crime” that can be used nationwide. Based on the insights gained throughout North Rhine-Westphalia, a state-specific definition has been developed (see 3.1). A shared definition and uniform procedures for reporting and recording pertinent information and investigations on a national level are required to draw up conclusive overviews of the situation and to be able to detect and predict developments.

7.5 Challenges for the judicial system

Main hearings involving parties from Turkish-Arabian family associations often require elaborate risk assessment and operative police measures. Trials of “Lebanese” defendants have been reported to be exceptionally time-consuming and conflict-ridden. There have been numerous reports of pressuring of co-defendants and witnesses, disorderly conduct and intimidations of prosecutors by the defendants, their families or planted audience members prior to or during trials.

The experiences gained from police operations and judicial proceedings need to be taken into account for the development of strategic concepts for avoiding such disruptions and intimidations. Due to the problematic nature of investigating and assessing extended families residing in Germany (see 3.4) – including their reclusive structures – the estimated number of unknown cases is considerable. Such cases mostly involve the intimidation of potential witnesses or victims of crimes committed by Turkish-Arabian family clans. Support shall also

be provided for caseworkers of local authorities, who find themselves confronted with attempts at tampering with administrative processes.

In reaction to judicial officers being threatened, which required witness protection measures, the Ministry of Justice of Lower Saxony has issued a list of recommended actions for preventing and dealing with the abovementioned issues.^[9] Measures have also been taken in Berlin to ensure the safety of police officers.

The unequivocal signal sent to criminal clan members must not end with police operations. Criminal proceedings must be initiated promptly. The same applies to the handling of criminal offences and the implementation of sanctions by the police and regulatory agencies.

The concept of “on-site prosecution”^[10] in several cities in North Rhine-Westphalia aims at expediting and optimising judicial processes in the districts affected by “clan crime” and holds both preventive and repressive potential. Bundling proceedings against individual incriminated persons makes it possible to comprehensively consider their criminal careers and their personalities, thus facilitating the drafting of appropriate complaints.

7.6 Science and research

The growth of the ethnic group in question due to migration and a high birth rate during the last decade, as well as the fact that the relevance of the phenomenon of Turkish-Arabian suspects for the police work has only developed during the last years, have resulted

in a research gap, added to by the fact that scientific research on the issue has been focusing exclusively on non-governmental dispute settlement. As of now, no scientific research (e.g. on the size of certain family associations of Turkish-Arabian descent) exists that could be employed to issue a situation report.

Any long-term and comprehensive fight against “clan crime” – i.e. preventive measures, standard police operations and crime control – must be rooted in valid research on ethnological, sociological and criminological aspects and Polizeiwissenschaft (police science). The State Office of Criminal Investigation of North Rhine-Westphalia is currently looking to initiate a research project on selected manifestations of “clan crime” at its criminological research centre (Kriminalistisch-

Kriminologische Forschungsstelle, KKF). Similar initiatives exist at other police research institutes on the national and state level. A merger of these initiatives – where appropriate – is currently being considered. A collaboration of different organisations on a joint research project allows for a holistic and supraregional view, facilitates the raising of research funds and provides opportunities for research-based crime control.

The research project “Conflict Regulation in Germany’s Plural Society” of the Max Planck Institute for Social Anthropology (Halle/Saale), which focuses on conflict resolution mechanisms of, among others, the Mhallami, provides law enforcement agencies with new insights and a basis for alternative courses.^[11]

8 Prospects

The insights gained within the framework of Project KEEAS point to a substantial criminal potential and an elaborate network of members of Turkish-Arabian extended families, as the wide range of (mostly serious) criminal offences, the rejection of the majority society and its social norms, and the exclusively family-centred mindset of clan members clearly demonstrate.

Police and judiciary will continue to face considerable challenges due to the isolation of family clans, their high mobilisation potential, their continuing growth (owing to a high birth rate), and their rejection of German laws and norms. Police and judicial actions need to unequivocally signal responsiveness and control,

and to uncompromisingly apply the law. This is the only way to obviate clan influence and, in consequence, a parallel judicial system. In particular because at present other ethnic groups tend to show similar behavioural pattern and clans of Turkish Arabian origin shall not serve as an example.

This report finishes with the prognosis that crime originating from ethnically homogenous subcultures will play an increasingly large role for police operations and crime control in the future. As a consequence, the issue of “clan crime” will not lose any of its current criminal- and socio-political relevance. The illustrative focus on Turkish-Arabian “clans” is equally conclusive with regard to the potential future developments within other homogenous subcultures in North Rhine-Westphalia.

Endnotes

- [1] Subject to conflicting provisions according to the Classified Information Act of NRW.
- [2] Caller ID spoofing refers to the practice of clan members calling senior citizens under the pretence of being a law enforcement officer where the receiver of the call is coerced into delivering valuables or cash.
- [3] MaxQDA - Programme for qualitative content analysis.
- [4] In compliance with the Classified Information Act of NRW (VSA NRW).
- [5] So-called hawala banking. An informal value transfer system with origins in the early medieval trade in the Middle East. The hawala system allows for a fast, confidential and cost-effective transfer of funds. The use of hawala banking without the approval and control of the Federal Financial Services Supervisory Authority (Bundesanstalt für Finanzdienstaufsicht) is considered a punishable offence in Germany.
- [6] Report "Zentrum für Interkulturelle Kompetenz der Justiz NRW" (ZIK) from June 8. 2018 (VS-NfD).
- [7] One such example is the research project "Parallel Justice" carried out on behalf of the Senate Administration for Justice and Consumer Protection in Berlin in 2015.
- [8] E.g. the initiative "Kurve kriegen" of the state government of North Rhine-Westphalia with a current regional focus on 18 local police departments.
- [9] Ministry of Justice of Lower Saxony, Handreichung zum Umgang mit besonders belastenden Strafverfahren - VS-NfD ("Handout on Dealing with Exceptionally Onerous Criminal Proceedings").
- [10] Judicial project "Staatsanwälte vor Ort" ("On-site prosecution") e.g. in Duisburg, implemented in June 2018.
- [11] The project is supported by the Centre for Intercultural Competence of the Ministry of Justice, which has been commissioned to develop an overview of the situation of „parallel justice“.

Imprint

Project Lead

Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen
Abteilung 1, Dezernat 14
Auswerte- und Analysestelle
Organisierter Kriminalität (AStOK)
phone +49 211 939 0
F33-Strukturanalyse2016.LKA@polizei.nrw.de

Publisher

Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen
Völklinger Straße 49
40221 Düsseldorf / Germany
www.lka.nrw.de

Cover - Concept & Design

Lars Möller
phone +49 176 480 80 400
lars@freier-artdirector.de

Printing

Richter Druck- und Mediacenter GmbH & Co. KG
phone +49 2747 92 14 0
info@richter-druck.de

All rights reserved.
© LKA NRW, 2018



Bundeskriminalamt



Zollkriminalamt



BUNDESPOLIZEI



**LANDESKRIMINALAMT
NIEDERSACHSEN**



Polizei Bremen



Dieses Projekt wird aus Mitteln
des Fonds für die Innere
Sicherheit der Europäischen
Union kofinanziert.